

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.
Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 4.50 Mk. mit Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Bezugszeile 40 Bfg.
Die Reklamezeile 150 Bfg.

Telegramme: Buchdruckerei Nassauahn.
Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.
Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 59. Druck und Verlag: Buchdr. Heinr. Müller, Nassau (Sahn). Donnerstag, 27. Mai 1920. Verantwortung: Arthur Müller, Nassau (Sahn). 43. Jahrg.

Erstes Blatt.

Was ist die Ursache aller Teuerung?

1.

waren-Knappheit. Die Preise pflegen sich durch das Wechseln von Angebot und Nachfrage zu bilden. Ist ein starkes Angebot vorhanden, so sinken sie; übersteigt dagegen die Nachfrage das Angebot, so steigen sie in die Höhe. Daraus erwuchs ja die Furcht vor der sogenannten „Überproduktion“, die nach einer wohlbekannten Theorie die großen Wirtschaftskrisen hervorgerufen soll. Wenn man zu viel Ware erzeugt, so werde ihr Preis auf dem Markte heruntergedrückt; infolgedessen müßten dann nicht nur viele Arbeitskräfte entlassen werden, sondern den übrigen werde gleichzeitig ihr Lohn gekürzt. Es seien also bei jeder Wirtschaftskrise zwei soziale Uebel zu befürchten: wachsende Arbeitslosigkeit und Verminderung des Arbeitslohnes — für alle Betroffenen also eine gewaltige Senkung der Lebenshaltung.

Auf Grund dieser Theorie hat der „Nat der Volkshauswirtschaft“ im November 1918 drei Verordnungen von kaum zu überschätzender Tragweite erlassen: er hat bestimmt, daß aus öffentlichen Mitteln jeder Erwerbslose dauernd Unterstützungsgelder zu erhalten habe; er hat gleichzeitig den Achtundzestag für alle Lohnarbeiter ohne Unterschied eingeführt; er hat endlich die Entlassung von Arbeitern und Angestellten aus irgend einem Betriebe, in welchem er während der Kriegsjahre oder unmittelbar vorher beschäftigt war, während der Demobilisationszeit verboten.

Welche Wirkungen haben diese Verordnungen gehabt? Haben sie wirklich die günstigen wirtschaftlichen und sozialen Folgen herbeigeführt, die ihren Urhebern vorzuentwerfen? Der gesunde Menschenverstand antwortet: verschleht. Ja. Bei genauerer Überlegung antworten wir: Nein. Wurde man wirklich im November 1918 eine Überproduktion befürchten? Oder litt man nicht vielmehr unter einem so empfindlichen Mangel an Verbrauchsgütern, daß unsere Produktionspolitik sich schon damals das Ziel hatte stellen müssen, mit äußerstem Eifer unter Verwertung aller Produktionskräfte der Natur, des Kapitals und des Menschenlebens wieder herzustellen, was die Kriegsjahre verbraucht, abgenutzt, vernichtet, zerstört hatten? Statt dessen ist unsere Wirtschaftspolitik genau den umgekehrten Weg gegangen. Ohne sich klar zu werden, daß wir statt einer Kräftigung der Überproduktion eine solche der Unterproduktion befürchten mußten, hat man Heilmittel anzuwenden, die das Uebel noch bedeutend verschlimmerten. Wir doch rufer Wirtschaftskörper schon im November 1918 so abgemagert und entkräftet, daß er einen jammervollen Abstieg bot. Inzwischen ist er ganz zum Einsturz heruntergefallen.

Überproduktionsstufen aber können nur dann entstehen, wenn der Wirtschaftskörper an Überernährung leidet, wenn seine Glieder gleichsam von Fett quillen und wenn sich daher Verdauungsstörungen einstellen, die eine Aufnahme weiterer Nahrung unmöglich erscheinen lassen. Dann muß also eine Hungerkur die Gesundheit wieder herstellen. Derselbe Hungerkur aber anzuwenden, wenn der Kranke bereits jahrelang an Unterernährung leidet, ist eine Doktor-Gegensinnigkeit, die sich denn auch empfindlich genug an ganz Deutschland gerächt hat.

Wir übergehen hier die politischen und seelischen Wirkungen der Revolution, die sich eng mit denen der Kriegsjahre verflochten. Was wir an Arbeitsmangel und Herabsetzung der Arbeitsfreudigkeit erlebt haben, hat das Uebel natürlich noch unannehmbarer verschlimmert.

Der Grundfakt aber liegt doch in der verfehlten Wirtschaftspolitik vom November 1918. Man kann eine Entkräftung leidende Volkswirtschaft nicht dadurch heilen, daß man die Arbeitslosigkeit noch weiter vergrößert, wie es durch die Erwerbslosenfürsorge geschieht; auch in Arbeiterkreisen sieht man das vielfach ein. Ebensovienig läßt sich eine unter schwacher Teuerung leidende Volkswirtschaft von ihrem Mangel befreien, indem man die Arbeitszeit für alle Berufs zwangsweise herabsetzt. Vor allem aber scheint eine rein schematische Durchführung des Achtundzestages in einer Zeit übel angebracht, da wir alle Hände regen müssen, um aus dem Chaos wieder herauszukommen, in das wir nun einmal geraten sind. Wohin sollen wir kommen, wenn in manchen Arbeiterkreisen die Ansicht geäußert wird, daß „unter diesen Umständen in eine Verlängerung der Tages- oder Wochenarbeitszeit“ gewilligt werden dürfe? Wollen wir die Teuerung beseitigen, die nachgerade doch entsetzliche Folgen angenommen hat und die uns buchstäblich das Mark aus den Knochen saugt, so gibt es kein anderes Mittel, als daß wir die Gesamtproduktionsleistung des deutschen Volkes wesentlich heraufsetzen. Oder glaubt irgend jemand, die Entente, die doch über die Geschichte der Welt bestimmt wurde uns auf Bitten oder Klagen hin oder gar aus Menschlichkeit Nahrungsmittel, Textilwaren und Rohstoffe für unsere Industrie umsonst oder auch nur zu herabgesetzten Preisen liefern? Kein Milliardenkredit, von welcher Seite er auch kommen mag, kann uns aus dem Chaos erlösen, wenn wir nicht als Nation bedeutend mehr Arbeit vor uns bringen. Kreditnehmen bedeutet Schuldenmachen, nicht Beiseitwerfen.

Landwirtschaftlicher Ratgeber.

Arbeiten im Gemüsegarten.

Wir verziehen an Ort und Stelle gemachte Ausfahrten. Kohl, Fenchel, Petersilie, Erbsen und große Bohnen werden angebaut. — Auf halbschattige Beete machen wir nochmals Ausfahrten von Kohlrabi, Kohlrüben, Rosen- und Erbsenkohl.

Samen von Zwiebeln, zur Gewinnung von Stetz- und Zwiebeln fürs nächste Jahr, kann noch gesät werden. Ausfahrt von Winterrettich sowie die ersten Endivien. Eine neue Ausfahrt von Buschbohnen, die Pflanzen der ersten Ausfahrt etwas anhäufeln. Schnittlauch teilen und verpflanzen um für nächstes Jahr kräftige Büsche zu haben.

Neuer gewordene Mistbeete werden wieder bepflanzt. Man bringt etwas Zerde auf die von der Vorfrucht ausgegangene Erde, läßt sie dann etwas abtrocknen, gräbt sie um und pflanzt entweder Tomaten oder Gurken usw. aus. Auf keinen Fall darf irgend ein leeres freigeswordenes Plätzchen längere Zeit brach oder unbebaut liegen bleiben.

Die ersten Kohlrüben können ausgepflanzt werden, jedoch möglichst nur vor oder nach Regenwetter, wenn man sie nicht sofort angießen kann.

Die Vertilgung des Unkrautes darf im Garten niemals vernachlässigt werden. Das Unkraut entzieht den Pflanzen nicht nur die Nahrung, sondern raubt ihnen auch Luft und Licht. Daß das Unkraut den Pflanzen auch den Raum streitig macht und ihnen infolgedessen die Entwicklungsmöglichkeit raubt, ist selbstverständlich. Die beste Art der Unkrautvertilgung ist das Ausjäten. Es muß aber mit der Wurzel entfernt werden. Bleibt die Wurzel in der Erde stecken, so wird das Unkraut über kurz oder lang von neuem wachsen. Das Ausjäten des Unkrautes erfolgt am besten nach einem durchdringenden Regen. Auch ist das Unkraut durch Behacken der Beete, soweit dies angängig, zu vertilgen. Jedenfalls muß der Gartenbesitzer auf jede mögliche Art versuchen, das Unkraut Herr zu werden.

Blumenkohl in schönen festen Blumen oder Köpfen zu erzielen, war immer das Bestreben und der Stolz des Hausmannes und des Gartenfreundes, noch mehr aber freut sich die Landfrau darüber. — Aber sehr oft mißglückt die Kultur, indem die Blumen bereits locker werden, wenn sie kaum 10 cm Durchmesser haben. Was ist die Schuld daran? Entweder hat der Boden zu wenig Nahrung, ist nicht tief genug gelockert worden vor dem Pflanzen, oder es fehlt ihm an Feuchtigkeit, von der er zu seiner Entwicklung sehr viel braucht. — Wenn aber der Blumenkohl nur Blätter treibt, anstatt eine Blume, da war der Samen nicht echt oder wurde zu einseitig mit Stickstoff gedüngt. Daß die Köpfe gegen Sonnenbrand durch Umlinden der Blätter zu schützen sind und nicht zu spät geerntet werden dürfen, sollte zur Genüge bekannt sein.

Volkswirtschaftliches.

Die Kohlenlieferungen. Von unterrichteter Seite erzählt unser Berliner Vertreter, daß die Kohlenlieferungen an Frankreich seit einem Monat erheblich an Umfang gewonnen haben und daß jetzt in dieser Frage ein besseres Einverständnis zwischen der deutschen und französischen Regierung herrscht als zuvor. Auch in der Wiedergutmachungskommission ist anerkannt worden, daß die Kohlenlieferungen Deutschlands in befriedigender Weise ihren Fortgang nehmen, und daß die französischen Wünsche vollstän- dig erfüllt werden. Dieser Umstand wirkt geeignet, die Beziehungen zu einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich erheblich zu fördern, wenn die französische Regierung nicht immer wieder in den Forderungen verfallen würde, von Deutschland mehr zu verlangen, als es beim besten Willen zu leisten imstande ist. Augenblicklich ist die französische Streitsucht wegen der Kohlenlieferungsfrage etwas zurückgegangen und man hofft, daß dieser Zustand von Dauer sein wird.

Rechtspflege.

Pfandrecht der Hausbesitzer. Ueber das Pfandrecht des Hausbesitzers herrschen zuweilen noch recht merkwürdige Ansichten, sowohl in Mieter- wie in Vermieterkreisen. Es ist daher verdienstlich, daß das kleine Südböhmische „Mieterschutz“, das der rührige Heimkulturverlag in Wiesbaden, der sich schon vor dem Kriege der Eigenheimbewegung besonders annahm, nunmehr herausgab, auch diese Frage kurz streift. Der Vermieter hat demnach ein gesetzliches Pfandrecht an den im Eigentum (1) des Mieters befindlichen, von ihm in die Mieträume verbrachten pfandbaren Sachen, jedoch nur für Mietzins und aus der Miete erwachsenen Entschädigungsforderungen wobei nach § 814 der Zivilordnung gewisse unentbehrliche Dinge, die zum Lebensunterhalt notwendig sind, wie Betten, Arbeitsgerät eines Handwerkers usw., ausgenommen sind. Das Pfandrecht für rückständige Mieten geht späteren Rechten vor, bleibt auch an Sachen bestehen, die ins Eigentum eines Dritten (1) nachträglich übergeben. Der Mieter darf keine falschen Angaben machen, wenn die Möbel z. B. nach dem Abzahlungsgehalt gehören. Der Vermieter kann die Sachen zur Versteigerung bringen, wenn er anderweit nicht befriedigt wird, auch auf Herausgabe weggebrachter Sachen klagen, die Fortschaffung verhindern und Rückführung verlangen (§ 560 Z. 6 Z. 1.) solange er Forderungen hat und nicht Sicherheiten anderweit beschafft wird. Der Anspruch des Vermieters aus dem Pfandrecht erlischt jedoch 1 Monat, nachdem er Kenntnis von der Entfernung der Pfandgegenstände erhalten hat.

Vermischtes.

Sachsen und Niedersachsen. Man schreibt uns aus dem Hamburgischen: In die Bahnhofswirtschaft des Städtchens D. kam jüngst ein nach einem Schnapschen lustiger Sachse herein und wandte sich in unverfälschtem „Plattdeutsch“ an den Wirt mit der Frage: „Kann ich hier bei Ihnen wohl a bissel Rum kriegen?“ — Der Gastwirt war ein Schelm und antwortete seinerseits dem Manne aus Drägen, in wärschem Platteutsch: „Ja, min liewe Jung, wenn du mir anders to dohn best, denn kriech du hier man 'n baken 'rum!' Plaz best du hier ja genug!“ Als die Gasse ab dieser wichtigen Bemerkung des Wirtes in laute Gelächter ausbrach, glaubte der Sachse, man lache über ihn und wurde sehr giftig. Erst den vereinten Bemühungen allen Anwesenden gelang es, den schimpfenden Nummernhaber über die Unterschiedlichkeit des sächsischen und des niedersächsischen Dialektes aufzuklären. Der Wirt tat ein Liebriges zur Versöhnung und schenkte dem Fremden zwei Schnapsen gratis ein, worauf die „Gemietlichkeit“ des gestrandeten Sachsen prompt zurückkehrte.

Wahres Geschickchen. Ein Berliner Mitarbeiter erzählt folgenden hübschen Scherz: Die Vorortbahn schiebt sich langsam zum Potsdamer Bahnhof hinaus. Das Häusermeer von Berlin beginnt abzubrechen. Selbstverständlich ist die Teuerung das Hauptgespräch. Alles schimpft über die teuren Lebensmittel, die teuren Kleider, die teuren Schuhe, die hohen Mietpreise, die unerschämten Steuern. Plötzlich springt ein Mann auf und — zieht die Notbremse.

„Aber Mensch, ruft es von allen Seiten, was machen Sie denn da? Ein Sie denn verrückt? Ihn' is wohl nich richtig?“

„Ach, lassen Sie man gut sin. Dei is dat Enzichte, wat nich teurer geworden is seit'n Kriege. Da kann man sich dei Vermejen schon gönnen.“

Der „Wunderarzt“. Ein Mann, der sein Publikum oder jenen Teil des Publikums, von der Sorte derer, die nicht alle werden, zu kennen scheint, ist entschieden ein Wunderarzt, der in eine Braunschweiger Zeitung folgende Anzeige eintrug: „Welcher ebedenkende Herr oder Dame hilft jungem, aufrichtigem und tüchtigem Mann, 27 J., alt, ledig, Wunderarzt mit großer Praxis, durch liebevolle Unterstützung in die Höhe? Helfender wird von mir in meinem Heim nach Wunsch aufgenommen und werde tren und brav an seiner Seite stehen. Ältere Person bevorzugt. Dringende Zuschriften bis zum 16. d. M. unter ... an Neueste Nacht. Brschw.“

Gut, sollte der Herr Wunderarzt nicht an der bevorzugten Älteren Person das Wunder zu vollbringen beabsichtigen, in Wäldern lachender Erde zu werden? Und würde zu wissen lassen ob der Wundermann viele Gimpel fangt. — Postverkehr mit dem Ausland. Gleichzeitig mit der am 6. Mai 1920 erfolgten Gebührenerhöhung im inneren deutschen Postverkehr treten auch verschiedene Gebühreneränderungen im Postverkehr mit dem Ausland ein. Für Briefsendungen nach dem Freistaat Dänzig, Lauenburg, dem Memelgebiet, Ostpreußen, Ungarn und Westpolen (den an Polen angetretenen deutschen Gebieten) gelten die neuen Gebührensätze des inneren deutschen Verkehrs. Nach dem übrigen Auslande werden die Gebühren für Briefe bis 20 Gramm auf 80 Bfg. und für jede weiteren 20 Gramm auf 60 Bfg., ferner die Gebühren für Postkarten auf 40 Bfg. erhöht. Druckfachen, Warenproben und Geschäftspapiere noch anderen als den vorgenannten Ländern unterliegen fortan einer Gebühr von 20 Bfg. für je 50 Gramm; die Mindestgebühr ist für Warenproben auf 40 Bfg. und für Geschäftspapiere auf 80 Bfg. erhöht worden. Eine Uebersicht der neuen Postgebühren, die vom 6. Mai ab für Briefsendungen des Auslandsverkehrs anzuwendenden Gebührensätze enthält, kann durch die Postanstalten zum Preise von 10 Bfg. bezogen werden. Ueber die für sonstige Postsendungen nach dem Auslande, insbesondere für Pakete und Postanweisungen eintretenden Gebührenerhöhungen erteilen die Postanstalten Auskunft. Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß Briefe nach dem Auslande neuerdings außerordentlich häufig ungenügend freigemacht versandt werden, so daß die Empfänger hohe Nachzahlungen leisten müssen. Um derartige Versehen der Absender soviel als möglich wieder gut zu machen, ist im Interesse der Versender die Anordnung getroffen worden, daß die Aufgabepostanstalten auf die ausreichende Freimachung der Briefsendungen nach dem Auslande ganz besonders achten und ungenügend freigemachte Sendungen dem Absender, sofern er zu erkennen ist, zur Vervollständigung der Freigebühr zurückgeben sollen, wenn dies ohne nennenswerten Zeitverlust und ohne besondere Müheverwaltung möglich ist. Im allgemeinen wird die Rückgabe nur erfolgen, wenn der Absender im Bezirk der Aufgabepostanstalt wohnt, keinesfalls aber, wenn die Sendung dem Aufgabepostamt bereits verlassen hat. Es wird daher dringend empfohlen, sich mit den neuen Gebühren genau vertraut zu machen und Briefsendungen nach dem Auslande ausreichend freizumachen.

15 Meter lange Blätter. Der Baum mit den längsten Blättern wird wohl eine südamerikanische Palme sein. Deren Blätter erreichen für gewöhnlich die ansehnliche Länge von 15 Metern bei einer Breite von 4 Metern. Auf die Fläche eines solchen Blattes könnte man also getrost drei Wohnzimmer stellen.

Zur Tagesgeschichte.

Die Reichsregierung.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, wird die Reichsregierung die laufenden Arbeiten fortsetzen, ohne Rücksicht darauf, ob nach den Wahlen eine Regierungsumbildung erfolgt oder nicht. Insbesondere werden jetzt im Finanzministerium die Vorbereitungen für die kommenden Vorlagen zur Erhebung neuer Steuern und Abgaben ausgearbeitet, die dann dem neuen Reichstag vorgelegt werden. Auch die Gesetzentwürfe über das obligatorische Schiedsverfahren, über die Zahlung der Streitklage über den Zuzahlungsbetrag u. a. werden automatisch an den neuen Reichstag weitergegeben. Die Sozialisierungskommission setzt auch ihre in Angriff genommenen Arbeiten fort und wird demnächst die Gesetzentwürfe über die Sozialisierung der natürlichen Kräftequellen fertig bringen.

Die zugelassenen Reichswahlvorschläge.

In einer Sondernummer des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht der Reichswahlleiter die vom Reichswahlaußschuß zugelassenen Reichswahlvorschläge mit Kennzeichen in folgender Nummernfolge: Nr. 1. S. P. D., Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 33 Bewerber; Nr. 2. Peter Spahn, Zentrum, 17 Bewerber; Nr. 3. Petersen-Pammer, 33 Bewerber; Nr. 4. Deutschnational, 21 Bewerber; Nr. 5. Deutsche Volkspartei, 21 Bewerber; Nr. 6. U. S. V. D., Toni Sender-Pittmann, 24 Bewerber; Nr. 7. Deutsche Mittelstandspartei, 3 Bewerber; Nr. 8. Kommunistische Partei Deutschlands (Parteilose), 17 Bewerber; Nr. 9. Alte Partei, 1 Bewerber; Nr. 10. Aufbaupartei, 12 Bewerber; Nr. 11. Nationaldemokratische Volkspartei 6 Bewerber; Nr. 12. Bayerischer Bauernbund, 1 Bewerber; Nr. 13. Übers, 6 Bewerber; Nr. 14. Überflüß, 4 Bewerber; Nr. 15. Christlich-sozialistische Reichswahlliste, 3 Bewerber; Nr. 16. Deutsch-sozialistische Partei, 11 Bewerber; Nr. 17. Lausitzer Volkspartei, 12 Bewerber.

„Neutralisieren“ = Prozeß.

Mit großer Spannung steht nicht nur die elsass-lothringische, sondern auch die deutsche und französische Öffentlichkeit dem Ausgang des „Neutralisieren“-Prozesses entgegen, der jetzt vor dem Geschworenengericht in Straßburg begonnen hat, und um dessen Tatbestand im vorigen Herbst in der französischen Chaux-de-Fonds-Pressen so viel Staub aufgewirbelt wurde. Der Architekt Walter Köhler und andere Elässer waren als Hauptangeklagte des sogenannten Trios von Baden-Baden, bestehend aus dem Grafen Rapp, Wuth und Leby, verhaftet worden, welche durch eine „Verschwörung“ gegen Frankreich die Autonomie der elsass-lothringischen Republik verwirklichen wollten. Gewisse Schriftstücke von der Hand des Grafen Rapp sollen für Köhler sehr belohnend sein.

„Nicht ganz schlecht!“

Zum erstenmal seit dem Waffenstillstand wird die französische Kammer zur Beratung des Budgets von Elsaß-Lothringen zusammentreten, wobei auch das Programm der künftigen Organisation dieser nach 48 Jahren zu Frankreich zurückgeführten Provinzen geprüft werden wird. Aus diesem Anlaß macht das „Journal“ an leitender Stelle längere Ausführungen über die Elementarfragen, die zur Lösung des elsass-lothringischen Problems dienen sollen. Was die beiden Provinzen anlangt, sei das seit 48 Jahren gemeinsame Verwaltungs- und gesetzgebende Regime. Was sie untereinander, seien ökonomische Fragen. Diesen Umständen müsse bei der Lösung des Problems Rechnung getragen werden. Die Sache wäre an und für sich leicht, wenn nicht Deutschland zur Verwirklichung seines Germanisationsprogramms alle nur möglichen Mittel angewandt hätte. Die hierbei erzielten Resultate dürften nicht außer Acht gelassen werden. „Das auf diese Weise von unseren Feinden Vollbrachte“, so sagt das „Journal“ wörtlich, „war nicht ganz schlecht“. Das Blatt fährt fort, es müsse also unterschieden werden, was zu verwirren, umzubilden oder beizubehalten sei. Was die Verwaltung von Elsaß-Lothringen charakterisiere, sei die Autonomie und die Dezentralisation. Die autonoministische Gedanke hätte sich nicht von heute auf morgen beseitigen lassen. Zur Assimilierung Elsaß-Lothringens an Frankreich habe die Regierung den Generalgouverneur eingesetzt. Das Prinzip der Dezentralisation sei der projektierten Verwaltungsform zugrunde gelegt. Die Umwidmung in der Gesetzgebung werde allmählich vollzogen, jedoch werde man hierbei gefühlsmäßige Rücksichten namentlich in bezug auf religiöse Fragen, überdies böten gewisse jetzt noch in Kraft befindliche Gesetze, besonders die sozialen, viele Vorteile und könnten nützlichweise über ganz Frankreich ausgedehnt werden. Eine plötzliche Umgestaltung sei nicht möglich.

Die schwarzen Truppen.

Habas meldet: Die deutsche Presse hat seit einiger Zeit eine Kampagne gegen die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet eröffnet. Die französische Regierung werde sich entschieden gegen die Anschuldigungen gegen die eingetragenen Truppen, die Frankreich mit treuer Hingabe dienen. Frankreich macht keinen Unterschied zwischen weißen und Kolonialtruppen, deren Anwesenheit auf französischem Gebiet zu keinen Klagen Anlaß gibt. Die Befehle der Rheinarmee von insgesamt 85 000 Mann weisen nur 23 400 (nicht 60 000 Mann) Farbige auf, von denen nur 4700 den schwarzen Truppen entnommen sind. In den Kolonialregimenten befinden sich übrigens 20 Prozent Europäer. Die farbigen Truppen geben ein Beispiel vollkommener Disziplin, außer Dienst legen sie der Zivilbevölkerung gegenüber die korrekteste Haltung an den Tag, und es wäre leicht, das Zeugnis des guten Einvernehmens von zahlreichen Einwohnern zu erhalten, das sich zwischen ihnen selbst und den Eingeborenen gebildet hat. Vereinzelt Zwischenfälle sind vorgekommen. Sie wurden streng unterdrückt und besonders die Klagen gegen die Eliten wurden durch das Kriegsgericht mit äußerster Strenge bestraft. Sie sind jedoch äußerst selten im Verhältnis zu der Zahl der Besatzungstruppen. Es wird sodann auf die Gefahren der Truppen den Frauen gegenüber hingewiesen infolge der skandalösen Haltung gewisser deutscher Frauen den Schwarzen gegenüber.

Alquist's Revisionspropaganda.

Wie der Wiener „Mittagspost“ aus Genf telegraphiert wird, setzt in Londoner politischen Kreisen auf Anregung Alquist's eine lebhaft propagandistische für die Überwindung der wirtschaftlichen Bedingungen aller Friedensverträge ein. Es wird eine neue Konferenz in London propagiert, auf der sich die Vertreter der verschiedenen Staaten mündlich hierzu äußern sollen. Dieser Vorschlag wird von Alquist damit motiviert, daß die wirtschaftlichen Bedingungen aller Friedensverträge unüberwindlich seien.

Die „Hannoversche“ berichtet, daß Lloyd George und Ritt hinsichtlich der Herabsetzung der Entschädigungszahlung Deutschlands bestimmte Forderungen bei Millerand vertreten werden. Wenn die Deutschen in Spa Ausdauer zeigen, sei mit einer wenigstens finanziellen Revision des Versailler Vertrages zu rechnen. Die „Times“ melden die Liberalen und die Arbeiterpartei hätten sich zu einem taktischen Vorgehen im Unterhaus vereinigt, um die wirtschaftliche und politische Revision des Versailler Vertrages herbeizuführen.

Irland.

Der Lordkanzler gab im englischen Oberhaus eine Erklärung ab, die einen tiefen Eindruck hervorrief und die Größe der Gefahr und der Sorge widerspiegelt, die die irische Frage der englischen Regierung bereitet: „Wenn die militärischen Kräfte, die Großbritannien gegenwärtig beisteht, nicht ausreichend sein sollten zur Verwirklichung der Aufgabe, die sich ihnen in Irland bietet, würden wir keinen Augenblick zögern, einen Appell an das englische Volk zu richten, ebenso wie wir auch nicht gezögert haben, dies in der kritischen Zeit des letzten Krieges zu tun.“ — Kennzeichnend für den unversöhnlichen Haß, den die Irlander ihren englischen Unterdrückern entgegen bringen, ist es, daß in Dublin Plakate angebracht wurden, die den irischen Mädchen bei Strafe des Abhanges der Haare verboten, mit englischen Soldaten zu verkehren. In einigen Bezirken wurde auch den englischen Soldaten unter Bedrohung mit dem Tode verboten, irische Mädchen anzusprechen.

Eine Warnung des „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ berichtet über einen angeblichen neuen Rechts-Putsch in der Vorbereitung sei. Die zum Schein aufgelösten Freikorps würden von einer reaktionären Organisation systematisch auf die preussischen Landgüter verteilt, Wägen usw. nähmen sie mit. Für Verpflegung sorgten die Landwirte, wofür die Leute etwas arbeiteten. Es gebe eine Seite, die den Plan sofort zum Scheitern bringen könne, das seien die Linkskabalen, deren erwartete Putsch-Vorgehen im Anschluß an die Wahlen die Grundlage des ganzen gegenrevolutionären Planes bilde. Wenn die Linkskabalen Verantwortungsgelüste beäßen, müßten sie alles vermeiden, um sich von gegnerischer Seite zum Ausbruch drängen zu lassen, den die Gegenrevolutionären zum Anlaß ihres Vorgehens so sehr eifrig erwarteten.

Ein Mordbefehl.

Der Landrat Dr. Ertel veröffentlicht in den Gröninger Tageszeitungen einen ausfindenden Mordbefehl gegen 13 Angehörige der Stadt, darunter eine Frau mit ihren beiden Söhnen (nach ihrer Parteizugehörigkeit Sozialdemokraten, Demokraten, Deutsche Volksparteiler und Deutsch-Nationalen). Am Wahltag sollten sie an den Arbeitsstätten oder in ihrer Wohnung umgebracht werden. Ferner sollen die Gelder der Banken und großen Betriebe beschlagnahmt werden. Die Urheber des Mordplanes sind der Staatsanwalt in Glogau bekannt und werden sich wegen Hochverrats zu verantworten haben.

Ein Unfall Deschanel's.

Der Präsident Deschanel erlitt auf der Reise nach Monteflon, wohin er sich zur Enthüllung eines Denkmals für den gefallenen Flieger Senator Raymond begeben wollte, einen Unfall. Er fiel während der Fahrt auf ein Eisenbahngleis. Die Verletzung ist nicht schwer. Der Präsident wurde im Automobil nach Montargis gebracht.

Die Volschewisten in Persien.

Der Londoner Berichterstatter des „Temps“ meldet, man befürchte, daß die englische Truppenabteilung, die sich von Ensek in Persien nach Reft zurückzieht, von den Volschewisten eingeschlossen werden wird. Es geht das Gerücht, die Volschewisten hätten den Waffenstillstand nicht geachtet und die Wege abgeschnitten, die nach Reft führen.

Stimmungsumschwung in Japan.

Der frühere Gouverneur von Kwantung, Kapitän zur See Meyer-Waldeck, ist mit dem japanischen Transportdampfer „Hanku Maru“ in Hamburg eingetroffen. Einem Vertreter des „Hamburger Fremdenblatts“ gegenüber wandte sich der Gouverneur gegen den in Deutschland weitverbreiteten Glauben an eine ritterliche Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in Japan. Ueber eine gewisse Korrektheit sei das Verhalten der japanischen Behörden nicht hinausgegangen, und auch diese Korrektheit sei oft vermißt worden. Seit Beendigung des Krieges habe sich ein starker Stimmungsumschwung zugunsten Deutschlands eingestellt. Das Vorgehen der Exzente seit Abschluß des Waffenstillstandes habe Empörung hervorgerufen. Diese für Deutschland günstige Stimmung äußere sich namentlich in einem starken Verlangen nach Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen. Die Wiederherstellung der großen deutsch-japanischen Häuser seien zum größten Teil wieder im Entstehen und der Hunger nach deutscher Exportware sei groß. In Tsingtau seien die Japaner sehr rührig. Eisenbahn, Schifffahrt und Bergbau nehmen einen gewaltigen Aufschwung. In Japan herrsche starkes Vertrauen in die Zukunft Deutschlands. Einer geschickten Diplomatie werde es unschwer gelingen, die einst so freundschaftlichen Beziehungen wieder anzuknüpfen.

Die Verhandlungen in Spa.

Der Reichskanzler teilte dem großbritannischen Gesandten mit, daß die Reichsregierung die Einladung zur Konferenz in Spa auf den 21. Juni angenommen hat.

Verhandlungen oder Diskut?

„Daily News“ schreiben in einem Leitartikel: „Das Bonar Law bezüglich der Konferenz in Hyde mitteilte, war bedeutungsvoll, da er sich endgültig über die von gewissen Schreibern dieses und jenseits des Kanals aufgestellten Forderungen äußerte, wonach Deutschland nur nach Spa eingeladen werden solle, um ein von den Alliierten beschlossenes Ultimatum in Empfang zu nehmen. Etwas dergleichen ist nicht beabsichtigt. Die Deutschen wurden von San Remo zu einer Zusammenkunft eingeladen, um mit den Alliierten frei und offen über die Ausführung des Friedensvertrages zu verhandeln. Dieser Freiheit und diese Offenheit bilden nach den Worten Bonar Law eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Konferenz in Spa.“

Deutschlands Verpflichtungen.

Millerand gab bei einer Besprechung mit den Unterstaatssekretären für Finanzwesen und Auswärtiges, der auch der Finanzminister beizuhörte, einen Überblick über die Besprechungen in Hyde. Das dort getroffene Übereinkommen betreffe hauptsächlich die Behandlung der an

Deutschland in Spa zu richtenden Fragen, während die Ausführung noch Gegenstand von Besprechungen zwischen den britischen und französischen Sachverständigen. Lloyd George, Clemenceau und Wilson seien darüber einig gewesen, den Anteil Frankreichs an der Entschädigung auf 55, den Englands auf 25 Prozent festzusetzen. Frankreich erhalte danach 66 Milliarden der Gesamtsumme von 120 Milliarden. Der Rest verteilte sich mit 20 Prozent auf Italien, Belgien und Serbien. Die Übereinkunft mit Belgien sei bereits endgültig. Ein Zusatz für die Katalanischen der 120 Milliarden Markt in Gold sei noch nicht festgesetzt und werden von den gegenwärtig in London versammelten Finanzsachverständigen bestimmt werden. Voraussichtlich werde er nicht geringer sein, als der für die französischen Schatzwechsel und für das deutsche Geld, das Deutschland nach den Bestimmungen des Vertrages durch Teillanleihen auslegen dürfe, nämlich 5 Prozent plus 1 Prozent Amortisation. Nach einem weiteren Vorschlag Frankreichs würden auf die von Deutschland geforderten 120 Milliarden die Lieferungen in natura, z. B. Rohle und Vieh, nicht angerechnet werden. Zum Schluß wies Millerand darauf hin, wie notwendig es sei, die Übereinkunft zwischen den Alliierten aufrecht zu erhalten, da sie die einzige Garantie für Deutschlands Zukunft bilde.

Geheime U-Boothrieg-Akten.

Die neue Veröffentlichung des Parlamentarischen Ausschusses enthält aus den Akten der Obersten Freiresektion Aufzeichnungen über die entscheidenden Sitzungen in Pich am 8. und 9. Januar 1917, in denen der uneingeschränkte U-Boothrieg beschlossen wurde. Die „Post“ gibt aus einer Sitzung der Hindenburg vom 8. das Protokoll wieder, das den Vermerk enthält „Ganz geheim. Von Hand zu Hand“.

Danach trug Admiral v. Holtenhoff zunächst die Hauptfrage seiner beiden Schreiben an Hindenburg vor, in denen die sofortige Aufnahme des uneingeschränkten U-Boothrieges gefordert wurde. Der Generalstabschef marschall erklärte sich mit dem Vorgehen unbedingte einverstanden. Nach längerer Erörterung über die Zahl der U-Boote und die Frage der Abschätzung der betroffenen Dampfer sagte von Holtenhoff: Ich werde meine Schreiben an Feldmarschall v. Hindenburg heute. Seine Majestät vorlesen, der heute mittag gar nicht im Bilde war. — Feldmarschall: Stimmt dem zu. — v. Holtenhoff: Ich habe Notizen über die Anbahnung des uneingeschränkten U-Boothrieges vor und übergab Feldmarschall ein Exemplar. — v. Holtenhoff: Der Kanzler kommt morgen hier an. — v. Holtenhoff: Stimmt dem zu. — Feldmarschall: Welche Schmerzen hat er? — v. Holtenhoff: Der Kanzler will sich die diplomatische Vorbereitung des uneingeschränkten U-Boothrieges vorbehalten, um Amerika draußen zu halten. Er habe ihm gegenüber die Note über bewaffnete Dampfer als U-Boothrieg bezeichnet, die den Konflikt mit Amerika herbeiführen würde. — v. Holtenhoff: Das hat der Kanzler ja alles gewußt! — Holtenhoff: Das auswärtige Amt meint, wenn Nordamerika eintrifft, würde auch Südamerika in den Krieg eingreifen. Dann denken sie an die Zeit nach dem Friedensschluß. — Feldmarschall: Erst müssen wir mal siegen. — v. Holtenhoff: Die Bezeichnung der Note über bewaffnete Dampfer als U-Boothrieg ist wieder ein Verzögerungsversuch. — Holtenhoff: Was tun wir, wenn der Kanzler nicht mit mir achte? — Feldmarschall: Das macht mir auch Kopfschmerzen. — Holtenhoff: Dann müssen Sie Kanzler werden. — Feldmarschall: Nein, das kann ich nicht und will ich nicht. Ich kann nicht mit dem Reichstag verhandeln. — v. Holtenhoff: Ich halte Mülow und Tirpitz wegen ihres Verhältnisses zum Kaiser für ausgeschlossen. — v. Holtenhoff: Ich würde dem Feldmarschall nicht zurechnen. — Feldmarschall: Ich kann im Reichstag nicht reden. Ich lehne ab. Wie ist es mit Dallwitz? — v. Holtenhoff: Ob er den U-Boothrieg überhaupt will. — Holtenhoff: Der Kanzler genießt im Auslande großes Vertrauen. — Feldmarschall: Also wir halten zusammen. Es muß sein. Wir rechnen mit dem Krieg mit Amerika und haben alle Vorbereitungen getroffen. Schlechter kann es nicht werden. Der Krieg muß mit allen Mitteln abgelenkt werden. — Holtenhoff: Seine Majestät ist auch über Lage und Stimmung im eigenen Volke nicht im Bilde. — v. Holtenhoff: Das stimmt. — Holtenhoff: Voll und ganz schreiben nach dem uneingeschränkten U-Boothrieg. — v. Holtenhoff: Das stimmt. — Holtenhoff: Staatssekretär Helfferich sagte zu mir: Ihr Weg führt zur Katastrophe. Ich erwiderte ihm: Sie lassen uns in die Katastrophe treiben!

Aus dem besetzten Gebiet.

Neustadt a. d. H., 25. Mai. Die Jahresversammlung des Verbandes pfälzischer Industrieller nahm nach der Erstattung des Geschäftsberichts einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt:

„Die Industriellen der ganzen Pfalz erneuern das Gelübnis unerschütterlicher Treue zu des Deutschen Reiches Einheit und Freiheit. Sie sprechen die Hoffnung aus, daß die auf fünfzehn Jahre bemessene Befreiung der Pfalz nicht zur Tatsache werden wird. Lediglich in der baldigen Räumung können sie die beste Grundlage zur Verbesserung zwischen Deutschland und Frankreich erblicken. Sie sind im übrigen bereit, sich in den Dienst des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete zu stellen.“

Wiesbaden, 24. Mai. In Wiesbaden hatten sich nach Abschluß des Waffenstillstandes, besonders aber zur Zeit des stärksten Tiefstandes der deutschen Mark, neben den französischen Offizieren und Beamten der Besatzungsbehörde zahlreiche französische Zivilisten niedergelassen. Durch die Verbesserung des Markkurses ist der Aufenthalt in dem an sich teuren Wiesbaden nicht mehr lohnend. Infolgedessen ist in den letzten Tagen geradezu eine Massenflucht der französischen Zivilisten aus Wiesbaden eingetreten.

Koblenz, 24. Mai. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die interalliierte Rheinlandkommission hat am 8. Mai 1920 eine Verordnung erlassen, wonach es deutschen aktiven Militärpersonen, Angehörigen der Sicherheitspolizei und sonstigen militärischen Günstigen beim Aufenthalt in den besetzten Gebieten nicht gestattet ist, Ziviltrümmern oder wesentlichen Teile militärischer Bekleidung und Ausrüstung sowie militärische Abzeichen zu tragen, es sei denn, daß sie eine besondere Erlaubnis der Rheinlandkommission oder der Armeekommandanten besitzen. Die Verordnung ist am 15. Mai in Kraft getreten.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, 28. Mai.

Streik. Am Donnerstag der vorigen Woche sind die Arbeiter der Gewerkschaft Eisenhütte bei der Direktion um eine Lohnerhöhung eingekommen. Die gepflogenen Verhandlungen führten nicht zum Ziele. Hierauf trat die gesamte Arbeiterchaft in das passive Arbeitsverhältnis, d. h. sie erschienen wohl auf der Arbeitsstätte, nahmen aber die Arbeit nicht auf. Durch dieses Vorgehen veranlaßt, ließ die Direktion durch Maueranschlag bekannt geben, daß diejenigen Arbeiter, die am Samstag Morgen die Arbeit nicht aufnehmen, sich als entlassen zu betrachten hätten. Als Antwort hierauf, wurde Samstag Vormittag von der Arbeiterchaft der Streik ausgerufen. Die Angelegenheit wird das Schlichtungsamt in Oberlahnstein beschäftigen und wäre es zu wünschen, daß eine Einigung zur Zufriedenheit beider Teile zustande kommen würde. — Das angerufene Schlichtungsamt in Oberlahnstein hat sich nicht für zuständig erklärt, somit müssen die Verhandlungen, die heute beginnen, von dem Schlichtungsamt in Limburg geführt werden.

— **Verunglückt** bei einem Ausflug auf den Goethepunkt ist ein Tourist aus Limburg durch Absturz von dem Felsen. Schwerverletzt wurde derselbe in das Krankenhaus nach Nassau verbracht.

— **Hinweis.** Wir machen an dieser Stelle nochmals auf die heute abend im Gasthaus Paulus stattfindende Versammlung der Ortsgruppe Nassau des Sozialdem. Vereins aufmerksam.

A. N. Deutsch-demokratische Partei Nassau! „Kulturaufgaben der Demokratie“ lautete das Thema, das sich die Ortsgruppe für die Versammlung am Freitag Abend im Gasthaus „Zum Hirsche“ gestellt hatte. Leider ließ der Besuch gerade dieser Versammlung sehr viel zu wünschen übrig. Es wäre auch für die Nichterhöhrten, gleichviel welcher Partei sie angehören mochten, ein Genuß gewesen, zu erfahren, daß es außer Lohn- und Wirtschaftsfragen, inner- und außerpolitischen Dingen, Parteihängen etc. die den Inhalt anderer Versammlungen gar oft — leider meist — bilden, doch noch etwas gibt, das uns eint: deutsches Volkstum u. m. Aus diesem Gedanken heraus entstand der Wunsch, die Arbeit am deutschen Volkstum einmal in den Mittelpunkt des Interesses zu stellen. Der Vorsitzende Herr Lehrer Emrich eröffnete gegen 8.45 die Versammlung und erteilte dem Reichstagskandidaten W. d. L., Lehrer in Hestrich i. L., 1. Vorl. des Allg. Lehrervereins für den Rg.-Bj. Wiesbaden, das Wort, der nun in einstündigen freien Vortrag in fesselnder Weise folgendes ausführte: Krieg und Revolution haben in ihren wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen eine völlige Zerkleinerung unseres Staats- und Volkslebens mit sich gebracht. Erstens Vaterlandsfreunden wird es nun darum zu tun sein das Bindemittel, den Mörtel, der die auseinandergefallenen Steine des Baues wieder zusammenhält, zu suchen. Dazu ist nötig eine Politik der Ideen und der Tüchtigkeit. Sie ist zutiefst begründet in den Forderungen, welche die Kulturfragen der Gegenwart an uns stellen. Es sind Forderungen, die sich auf die Volksbildung beziehen und durch Schule und Kirche getragen werden müssen. Zur Überwindung der ungelogenen Zweifelschuld in unserem Volke ist der Sieg der Einheitsschule nötig, sie nur kann die soziale politische und religiöse Zerkleinerung im Volke beseitigen. Dies wahrhaft demokratische Ziel hat seinen Niederschlag gefunden in der Reichsverfassung, die für 95% aller Schulen, wenn der Verfassung keine Gewalt angetan wird, die simultane Einheitsschule sicherstellt. In ihr bleibt die Pflege der Religion ein organischer Bestandteil. Der Vorwurf, den man gegen die demokr. Partei erhoben hat, sie sei religionsfeindlich, ist völlig unbegründet. Die deutsch-demokratische Partei kennt sich freudig zu dem werdenden Deutschland, aber gerade daher wendet sie sich ab von der Revolution soweit sie der Ausdruck bankrotten Menschentums geworden ist. Die Revolution der Dinge strebt in sich selbst, nur die geistige religiöse Durchdringung des werdenden Neuen verbindet Kraft zu sinnvoller Gestaltung. Wenn dies Ziel oorschwebt, weiß, daß für die Gestaltung unsres Bildungswesens der Wegweiser richtunggebend sein müssen: mehr Einheit und Einheitlichkeit, mehr sachlicher Geist und mehr historischer Sinn. Dann ist Deutschland zwar ein Grab, aber ein Grab voll Auferstehungsdrang, es reißt sich in ihm der Wille einer nicht sterben wollenden Nation auf. Aus der Heimat liebe erwacht die Erkenntnis von der Verpflichtung zur Arbeit, für die Schule die Pflicht zur Erziehung der Arbeitsfähigkeit. Das muß zur Folge haben, daß wir von der „möglichen Krankheit“ die Narz in unseren Volkshörper hineintragen, gefunden. Daß wir nämlich nicht mehr die Arbeit als Ware sondern die Arbeit als Pflicht erkennen. Das einzige Gut, das das arme Deutschland behalten hat, ist der deutsche Mensch; seine körperliche, geistige und sittliche Gesundmachung ist Pflicht aller Kreise, das Mittel der Fortbildungsschule der Jugendpflege, der Bildungspflege, der Wohlfahrtspflege. Dann wird trotz allem die Zeit unseres Unglücks nur ein angstiger Traum sein wie in jener „Neujahrsnacht eines Unglücklichen“, ein Antriebe zur Umkehr, eine Mahnung, daß wir alle zusammenstehen müssen, zur Abwehr drohender Gefahren. Das ist auch die Hauptaufgabe der Volkshochschule, die aus dem bescheidenen Fußsohl sozialer Wohlfahrtspflege in die Sturmflut der Revolution hineingerissen worden ist. Soll sie eine wirkliche Kulturbewegung werden, so darf sie kein Beruhigungspulver sozialpolitischer Hausmedizin sein. Sie wird die werktätige Arbeit und den werktätigen Menschen in den Achtungsrang rufen, der ihm zukommt und ihm Achtung vor geistiger Arbeit einflößen. Dann ist auch sie der Weg zur Schaffung einer neuen Kultur in der alle Schichten zu organischer Einheit berufen werden. Starke Arbeit hat auch die Kirche zu leisten. Starke Arbeit braucht aber einen starken Körper, den muß sich die Kirche schaffen, indem sie sich zur Volkshochschule ausbaut. Wir haben die feste Überzeugung, daß die Ordnung für die Neugestaltung Deutschlands uns nicht der Politiker, auch nicht der Volkswirtschaftler schenkt, sondern nur der Kulturförderer. Er wird dem Menschen wiedergeben das Erlebnis des Schicksalshaften, dann würde die Revolution einen tieferen Sinn erhalten! Liebe deine Arbeit, entzähle dein Menschentum, diene der Gemeinschaft. Die Demokratie ist diese Mahnung, ihr Gebilde ist es, ein solches Volk zu gestalten, das durch die Arbeit gesunden. Mäuzenzeit in Neuschöpfungszeit! Auch über Deutschland scheint eine Maienblume: Die Freiheit, ihr Licht ist das Vertrauen, das Leben das sie weckt: das Ganze fördernde Arbeit. Mit diesem Vertrauen hoffen wir auf Deutschlands Zukunft! Damit schloß der Redner. Die ungeteilte Aufmerksamkeit und der allseitige Beifall am Schluß belohnte den Redner, der uns sein Bestes gab, sein selbsterhärtestes freies edle Menschentum. Eine Aussprache fand nicht statt. In seinem Schlußwort führte uns der Redner auf den hl. Feldberg zur Erbebenwarte: Im stillen Taunuswinkel fernab vom Welt-

getriebe ein Plätzchen, wo feines Uhrwerk die Bewegungen der Erde je nach Stärke in heftigem Hin- und Herschlagen und ruhigen Schwingungen anzeigt. Das Uhrwerk ist auf tief in das Erdinnere hineingewachsenen Fels künstlich eingebaut. Der Grund steht fest, so sehr auch an der Oberfläche die kleinste Veränderung sich auslöst. So Deutschland! All die Bewegungen der deutschen Volksseele, die Krieg und Revolution in Gang brachten vermögen an dem Grund nichts zu verrücken noch ihn erschüttern. Dieser Grund ist das deutsche Volkstum und das ist unser Glaube! Damit ging die kleine Versammlung nach Hause und wir tauschten Handschlag und gelobten uns: „Dennoch!“

Die Unabhäng. Sozialdemokratische Partei des Unterlahnkreises hielt am 2. Pfingstfeiertag vier öffentliche Wahlversammlungen ab. In Nassau sprach anstelle des verhinderten Lehrers Reinhold Herr Pleve aus Frankfurt a. M. Der Redner erläuterte sehr sachlich die Forderungen der USP, welche sich gegen jegliches Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien richtet. Seine Ausführungen rechtfertigten das Verhalten seiner Partei während des Krieges und der Revolution. Der Redner betrachtete angesichts des wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs Deutschlands die Lage aller Parteien hoffnungslos, während seine Partei hoffnungsvoll in den Wahlkampf tritt. Nach kurzer zustimmender Diskussion schloß der Vorsitzende mit einem Appell zur Wohlarbeit die Versammlung.

— **Das neue Reichsverordnungsgezet**, das demnächst in Kraft tritt, stellt die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Deutschlands erneut vor schwierige Probleme. Eine große Anzahl Uebergangsbestimmungen sind für viele von einschneidender Bedeutung. Erneute ärztliche Untersuchungen aller Kriegsbeschädigten, sowie die Neu festsetzung der geldlichen Bezüge im Laufe der nächsten Jahre wird für die meisten Kriegssopfer die erste Folge des neuen Gesetzes sein. Von besonderer Wichtigkeit sind u. a. die neuen Bestimmungen über die Heilbehandlung und die soziale Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Ueberall werden sich besonders in der ersten Zeit Schwierigkeiten und Hemmnisse zeigen, welchen der einzelne Kriegsbeschädigte und die alleinstehende Hinterbliebene nicht gewachsen sind. Darum ist jedem Interessenten anzuraten, sich in den Besitz des Wegweisers durch das neue Gesetz zu setzen, welcher mit ausführlichen Erklärungen und Rententabellen für 1,50 außer Porto und Verpackung bei der Reichsgeschäftsstelle des Zentralverbandes, Berlin NW 6, Luisenstr. 31b, zu beziehen ist. Das neue Gesetz zeigt eine Reihe schwerer Mängel, welche nur durch den Zusammenschluß und den gemeinsamen Kampf aller deutscher Kriegssopfer beseitigt werden können. Darum ist der Eintritt in den Zentralverband deutscher Kriegsschädigter und Kriegshinterbliebener (die Reichsgeschäftsstelle des Zentralverbandes befindet sich Berlin NW 6, Luisenstr. 31b) eine Lebensfrage für alle Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Hier finden sie Aufklärung über alle Fragen der Versorgung und Fürsorge durch sachkundige kriegsbeschädigte Kameraden, sowie weitgehende Hilfe in ihren persönlichen Angelegenheiten.

Diez, 21. Mai. Der Versorgungsausschuß des Unterlahnkreises befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Antrag der organisierten Metzgerei des Unterlahnkreises auf Erhöhung der Fleischpreise. Begründet ist dieser Antrag mit dem Hinweis auf die fortgesetzte Steigerung der Viehpreise einerseits und das rapide Zurückgehen der Häutepreise andererseits. Die Steigerung der Viehpreise ist verursacht durch die ganze wirtschaftliche Hochkonjunktur, aber auch durch die 3. Jt. sehr ungünstig wirkenden Eingriffe in den Viehbeständen zur Erfüllung der Ablieferungspläne an die Entente. Die Preise für das eingeführte Rind- und Zuchtvieh sind ins Unentragliche gestiegen. Dagegen liegt das Häutegeschäft zur Zeit ganz darnieder, so daß der Metzger, der noch mit den hohen Preisen gerechnet hatte, erheblichen Verlust erleidet. Die geforderte Preiserhöhung erstreckt sich auf:

Rindfleisch	von 8 auf 12 Mk. das Pfund,
Schweinefleisch	von 10 auf 14 Mk. das Pfund,
Kalbsteisch	von 7 auf 10 Mk. das Pfund,
Hammelfleisch	von 8 auf 12 Mk. das Pfund,
Leber- u. Blutwurst	von 5 auf 8 Mk. das Pfund,
Fleischwurst- u. Schwarzenmaggen	von 10 auf 14 Mk. d. Pfd.

Diese Preise sind mit geringen Abweichungen im Kreise St. Goarshausen seit voriger Woche eingeführt, während auf der linken Rheinseite längst höhere Preise gezahlt werden. Auch in allen anderen Kommunalverbänden ist das Bild so, daß entweder hohe Preise gezahlt werden, oder kein Fleisch in den Verkauf kommt. Von der strengen Durchführung der Zwangswirtschaft kann kaum noch die Rede sein. Trotzdem werden im Versorgungsausschuß ernste Bedenken erhoben, diese Politik der endlosen Preisschrauberei noch weiter mitzumachen. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Fleischlieferung zeitweise ganz stockt, müsse hier einmal Halt geboten werden. Die bisherigen Versuche, die Fleischversorgung durch eine größere Freiheit im Handel und Ankauf zu begünstigen, sind fehlschlagen. In ganz kurzer Frist mußten die Verkaufspreise zweimal erheblich hinaufgesetzt werden. Eine weitere Steigerung ist für diejenigen Verbraucher, denen nicht die Möglichkeit geboten ist, ihr Einkommen den Ausgaben anzupassen, unerschwinglich. Niemand kann aber auch die Gewähr dafür übernehmen, daß die beantragte Preiserhöhung für längere Zeit fest bleibt, geschweige denn, daß sie die letzte ist. Andererseits wird hervorgehoben, daß bisher der Bevölkerung immer noch ein bestimmtes Quantum Fleisch wöchentlich geliefert werden konnte, das, wenn es auch wenig war, in der Ernährung doch nicht entbehrt werden konnte. Es sei wohl wichtiger, diese Versorgung aufrecht zu erhalten, als sie durch Ablehnung der Preiserhöhung zu unterbinden, wenn sich ja auch über das Maß der Preiserhöhung selbst noch reden lasse. Vom Vorsitzenden wird darauf hingewiesen, daß auf Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums demnächst eine Neuordnung der Höchstpreise für Schlachtvieh bevorstehe, die ohnedies eine Erhöhung der Kleinverkaufspreise zur Folge habe. Der Versorgungsausschuß gibt nach eingehender Beratung sein Gutachten dahin ab, die beantragte Erhöhung der Fleischpreise abzulehnen (Stimmverhältnis 3:4) und die neue Preisregelung des Landesfleischamtes abzuwarten. Gegen diejenigen Metzger, welche die festgesetzten Höchstpreise überschritten haben, soll strafrechtlich vorgegangen werden.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Nachdem in der Gemeinde Kettler die Maul- u. Klauenseuche amtlich festgestellt und in fast allen umliegenden Kreisen die Maul- und Klauenseuche herrscht, wird hierdurch a. Grund der §§ 17, 30, 74-77 und 79 des Viehseuchengesetzes vom 26. 9. 09 und auf Grund der §§ 161-168 d. Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 7. 2. 1911 für den Umfang des Kreises Unterlahn folgendes angeordnet:

§ 1. Die Abhaltung von Klauenviehmärkten sowie der Auftrieb von Klauenvieh auf Jahr- und Wochenmärkten ist verboten. Jahr- und Wochen- pp. Märkte, auch wenn auf ihnen Vieh nicht gehandelt wird, dürfen mit Klauenvieh nicht besucht werden. Diese Verbote beziehen sich auch auf marktähnliche Veranstaltungen.

§ 2. Der Handel mit Klauenvieh, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, ist verboten. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführung von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.

§ 3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh und die Abhaltung von öffentlichen Tiersehauen mit Klauenvieh ist verboten.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 1-3 werden mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe von 15-3000 Mark bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Mit Geldstrafe von 10-150 Mark oder mit Haft nicht unter einer Woche wird bestraft, wer aus Fahrlässigkeit gegen die Vorschriften der §§ 1-3 der Verordnung verstößt.

D i e 3, den 22. Mai 1920.

Der Landrat, J. B. Scheuern.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit sind öfters Rehricht, Brikettasche, Blechbüchsen usw. in die Bongertstraße gebracht worden. Derartige Unrat ist nicht in der Bongertstraße abzulagern, sondern auf dem Schuttabladepplatz an der Lahn.

Zuwiderhandlungen ziehen in Zukunft Bestrafungen nach sich.

Nassau, 25. Mai 1920.

Die Polizeiverwaltung: Hasenclever.

Nachrichten des Wirtschaftsamt des Stadt Nassau.

Butter.

In den Geschäften von Frau A. Bach und Konsumverein wird am Donnerstag, d. 27. Mai, auf Abschnitt 13 der Fettkarte 50 Gramm Butter ausgegeben und zwar an die Inhaber der Karten Nr. 979-1207.

Ausgabe an die übrigen Karteninhaber erfolgt später. Die Abschnitte behalten ihre Gültigkeit, wenn sie an den Karten verbleiben.

Reis.

Auf Abschnitt 8 der Lebensmittelkarte wird bis einschließlich 29. Mai in den Geschäften von A. Trombetta, Witwe Bach, Auguste Bach, Konsumverein (Haus J. W. Kuhn), Karl Pehler und Kölner Konsum 1/2 Pfund Reis verabfolgt. Preis 6 Mk. pro Pfund. Düten mitbringen.

Bohnen.

Die Geschäfte A. Trombetta, Auguste Bach, Konsumverein (Haus J. W. Kuhn), Karl Pehler und Kölner Konsum haben Bohnen zum kartensfreien Verkauf erhalten. Preis 3,- pro Pfund.

Grüne Erbsen.

In den Geschäften von Johann Egenolf, Ww. Lorch und Ww. Strauß stehen grüne Erbsen kartensfrei zum Verkauf. Preis pro Pfund 4,20 Mk.

Fleisch.

Der Verkauf von Fleisch und Fleischwurst findet am Freitag, den 28. Mai, in den Metzgereien L. Huth, L. Mählstein, A. Blank, Chr. Schulz und Geschwister Huth statt.

Fleisch.

Es wird gebeten, die Verkaufszeit für Fleisch pünktlich einhalten zu wollen. Da es an Eis mangelt, ist die Aufbewahrung des Fleisches bei den Metzgern nicht angebracht. Auch zur Erledigung des Abrechnungsverfahrens ist die Einhaltung der Verkaufszeit erforderlich.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Bruders und unseres Onkels

Ernst Balzer,

für die zahlreichen Kranzspenden, Schwester Lydia für die aufopfernde Pflege, der Turngemeinde für den letzten Liebesdienst und Herrn Pfarrer Lic. Fresenius für die schöne Grabrede, allen herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

N a s s a u, 24. Mai 1920.

Kravatten und Selbstbinder

von den billigsten bis zu den schönsten, empfiehlt

Albert Rosenthal, Nassau.

Freiland-Gemüsepflanzen

wie Wirsing, Weißkraut, Rosenkohl, Oberkohlrabi, Römischkohl, Lauch, Rotenrüben, Diawurz-Pflanz, ferner Kopfsalat, Melde u. Römischkohl empfiehlt

Erch. Wilhelm, Obernhöferstr. 15.

Möbl. Zimmer

mit Kaffee sofort zu mieten gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle.

Großen Goldspiegel

mit Marmor-Konsole z. verkaufen. Von wem, sagt die Geschäftsstelle.

Vereinsnachrichten.

M.-G.-B. „Viederkranz.“ Mittwoch abend keine Gesangstunde.

Erhebt Einspruch gegen die das Mark unseres Volkes verzehrende Mißwirtschaft. Wer eine feste, würdige innere und äußere Politik wünscht, wähle nur Deutsch- national,

Liste Helfferich.

Bermischtes.

— **Veränderungen bei der Staatslotterie.** Die Verwaltung der Staatslotterie hat, um einer etwaigen Erschöpfung des Losabfages vorzubeugen und gegenüber der gegenwärtigen Geldentwertung und Steuerbelastung einen erhöhten Anreiz für die Mitspieler zu schaffen schon für die nächste, im Juli d. J. beginnende Lotterie eine beträchtliche Erhöhung und Vermehrung der Gewinne beschlossen. Die Hauptgewinne und die Prämien, ebenso auch die mittleren Gewinne waren in ihrer Höhe nicht mehr ganz zeitgemäß. Künftig betragen die beiden Hauptgewinne auch in den ersten drei Vorlässen je 100 000 Mk. In der Haupt- und Schlussklasse sind die beiden Prämien von 300 000 Mk. auf 500 000 Mk. erhöht. An Stelle der bisherigen beiden Gewinne zu 150 000 Mk. sind zwei Gewinne zu je 300 000 Mk. eingeschoben worden. Die beliebten Mittelgewinne sind der Zahl nach beträchtlich vermehrt und zwar die Gewinne zu 5000 Mk. auf 300 St. die Gewinne zu 3000 Mk. auf 4000 St. und die Gewinne zu 1000 Mk. auf 8200 St. Die Freilosse sind einem vielseitigen Wunsche entsprechend wegen der damit verbundenen Beiläufigkeiten in Wegfall gekommen. Das bringt aber keine Verkürzung der Spieler mit sich, da künftig der kleinste Gewinn jeder Klasse so hoch bemessen ist, daß er den vollen Kaufpreis für das Ersatlos deckt. Andererseits müßte der Geldentwertung auch hinsichtlich der Lospreise Rechnung getragen werden. Der Preis für das Achtellos beträgt in Zukunft zugleich eines Teuerungszuschlages 7,30 (bisher 5,25) Mk. gleichmäßig in jeder der fünf Klassen. Der Gewinnabzug, bisher 15% Prozent ist auf 17 Prozent festgesetzt. Diese Preissteigerungen halten sich in möglichen Grenzen, sie bleiben hinter der sonst auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens eingetretenen Verteuerung zurück und sie kommen, wie schon die bisherigen Einsätze, den Spielern zum allergrößten Teil in Form der erhöhten Gewinne wieder zugute. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß die Verbesserung der Gewinnansichten bei dem Spielerpublikum Anklang finden und der Beliebtheit der staatlichen Klassenlotterie, ungeachtet der geringfügigen Verteuerung des Mitspielens, förderlich sein werden.

— **Warum wir keinen Zucker haben.** In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat England aus Deutschland bezogen an raffiniertem Zucker für 9474 Pf., an Rohzucker für 187,926 Pf. Das macht nach der heutigen Valuta fast 36 Millionen Mark. Für diesen Betrag hat also Deutschland an England innerhalb vier Monaten Zucker geliefert. Wenn man bedenkt, welch unerbörter Zuckermangel bei uns besteht, der wahrscheinlich dazu führen wird, die schon überaus knapp bemessene Ration noch weiter herabzusetzen, so wird es in der deutschen Öffentlichkeit die größte Verwunderung erregen, daß wir noch Zucker ausführen. Vielleicht mögen es zwingende, valutarische Gründe gewesen sein, die diese Ausfuhr bedingt haben, jedenfalls wird aber die Regierung nicht umhin können, der Öffentlichkeit Aufklärung darüber zu geben, denn es muß größte Erbitterung im Publikum erregen, wenn man immer und immer wieder hört, daß die notwendigen Artikel und besonders Lebensmittel, an denen wir höchsten Mangel leiden, noch aus Deutschland ausgeführt werden.

— **Wie das Heeresgut verschleudert wurde.** In dem Beleidigungsprozeß des Reichsstatistik gegen den verantwortlichen Redakteur der „Kreuzzeitung“ hat der Verteidiger des Beklagten Mitteilungen gemacht, von denen die „Kreuzzeitung“ Nachrichten mit Recht sagen, daß, wenn sich das Gericht auch aus formalen Gründen nicht dafür interessieren konnte, doch die Öffentlichkeit daran ein um so größeres Interesse hat. Es handelt sich dabei durchweg um Veranschaulichung von Heeresgut. Man erzählt hier zum ersten Male, daß der Gesamtbestand an neuen Tornieren mit Feldzeichen für drei Mark das Stück an einen Kaufmann Max Fröhlich veräußert worden ist. Dieser Mann hat bisher 325,000 Stück erhalten. Außerdem aber sind ihm geliefert worden: 50 000 Paar Hufeisenstiefeln das Stück zu 2,50 Mark, 6200 Badlappen das Stück zu 20 Mark, 4000 Stück Patronentaschen das Stück zu 2 Mark, 250 000 Kinnriemen das Stück zu 7 Pfennig, 4000 Stück Tragriemen das Stück zu 1,30 Mk., 34 000 Stück Stahlhelme (halbfertig) das Stück zu 2 Mk., etwa 17 300 Stück Pistolentaschen das Stück zu 3,50 Mk., etwa 17 000 Stück Fliegerfurchelhelme das Stück zu 1 Mk., etwa 380 Paar Lederamaschen das Stück zu 3 Mark, etwa 1650 Stück Lederhandschuhe das Stück zu 2 Mark, etwa 620 Paar Lederhandschuhe, das Stück zu 50 Pfennig, etwa 300 Stück Koppelbänder das Stück zu 2 Mark.

Unsere Schatzkammer, die nicht wissen, woher sie das Leder nehmen sollen um Ausbesserungen zu erschwignglichen Preisen auszuführen, werden den fröhlichen Herrn Fröhlich um seine guten Verbindungen beneiden.

— **Wird die Milch durch Gewitter sauer?** Die Hausfrauen werden bei dem heutigen Milchmangel doppelt schmerzhaft den Mangel empfinden, daß häufig nach einem Gewitter die spärliche Haushaltungsmilch sauer geworden ist. Trösten sie die Ansicht, die man vielfach hört, daß das Gewitter in die Milch geschlagen oder das Gewitter die Milch sauer gemacht, in dieser Form wenigstens unzutreffend. Wichtig ist allein, daß die große Wärme, die dem Gewitter vorausgeht, verbunden mit der gesteigerten Feuchtigkeit, die dem Gewitter folgt, sehr günstig auf das Wachstum der Bakterien und sonstiger kleiner Lebewesen einwirkt. Deren Vermehrung geht dabei mit solcher Schnelligkeit vor sich, daß die Milch in ganz kurzer Zeit sauer wird.

Kleine Chronik.

Telegraphenarbeiterstreik. Die Telegraphenarbeiter von Groß-Berlin sind in den Ausstand getreten. Sie zogen im Demonstrationzuge durch die Stadt.

Kalbskochen je nach Größe. Die „Hunzt.“ schreibt über ein Erlebnis, das zwei Einwohner Simmerens in Köln hatten: „Kommen da jungst zwei Simmeraner müde und hungrig in Köln an und eilen schnurstracks in ein ihnen von früher bekanntes Restaurant, wo man immer sehr gut und preiswert gegessen hat. „Ober, die Speisekarte!“ Ob's wohl noch die wegen ihrer Preiswürdigkeit so beliebten Kalbskochen gibt? „Nichtig, da steht es: Kalbskochen je nach Größe...“ Also her damit! — „Hm! Früher waren sie allerdings etwas umfangreicher, auch „Grumbiere“ und Gemüse, ein wenig knapp! Na ja, die Zeiten sind schlecht. Man läßt sich's gut schmecken und trinkt auch 'n paar Glas Bier dabei...“ „Ober, zahlen!“ „Gravitätisch stellt der Herr Ober, der anschaut wie ein verkleideter Attache, herbei, zieht seinen Notizblock, addiert mit fabelhafter Geschwindigkeit und reicht leutselig lächelnd unseren beiden Hunsrückern die Rechnung dar: Summa summarum 132 deutsche Reichsmark (Einhundertzwanzigunddreißig!). Da sieht die biedereren Simmeraner panischer Schrecken. Man zahlt (nur nicht merken lassen!) und verläßt eilends die gastliche Stätte und ruht und rastet nicht eher, bis man wohlgeboten wieder im Rüge sitzt. Richtung Simmern!“

Eine Schwimmmaschine wurde in Amerika gebaut. Der Schwimmer liegt auf dem Bauch in einer Art Stille. Die Hände drehen ein Rad, das eine kleine Schraube treibt. Die Räder bedienen das Steuer.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	102,75	—
3 1/2	do.	94,—	—
3 1/2	do.	91,—	—
3	do.	80,—	—
4	Frankf. Hyp.-Bank	103,50	103,50
3 1/2	do.	91,—	91,—
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	101,—	101,—
3 1/2	do.	90,—	90,—
5	Deutsche Reichsanleihe	79,75	79,75
4	do.	74,10	—
3 1/2	do.	69,75	—
3	do.	—	—
Devisen			
	Frankreich	313	314
	Holland	1563	1567
	Schweiz	751	753
	Schweden	849	851

Warnung.

Die Entnahme von Wasser aus dem Friedhofsbrennen zur Verwendung außerhalb des Friedhofs ist verboten. Verbotswidrige Wasserentnahme wird in Zukunft als Diebstahl verfolgt und zur Anzeige gebracht.

Nassau, den 19. Mai 1920.

Der Magistrat: Hasenclever.

Bekanntmachung.

In der letzten Zeit ist mehrfach festgestellt worden, daß Kinder in den Anlagen an den Ziertrüchtern Beschädigungen ausgeführt haben. Es wird darauf hingewiesen, daß die Eltern für die Schäden haftbar sind. Das Betreten der Anlagen durch Kinder ohne Begleitung Erwachsener ist verboten.

Nassau, 20. Mai 1920.

Die Polizei-Verwaltung:

Hasenclever.

Fleischversorgungsbezirk Bergn. Scheuern

Die Fleischausgabe erfolgt in dieser Woche:

Freitag Vormittag:

An die Bewohner von Bergn. Scheuern:
Von 9-10 Uhr Sulzbach.
Von 10-11 Uhr Deggshofen und Oberwies.
Von 11-12 Uhr Dienethal, Miffelberg und Beisig.

Freitag Nachmittag:

Von 3-4 Uhr Fleischharten 101-200.
Von 4-5 Uhr Fleischharten 201-Schluf.
Von 5-6 Uhr Fleischharten 1-100.

Bergn. Scheuern, 26. Mai 1920.

Der Bürgermeister:

Rau.

Männergesang-Verein Nassau.

— gegr. 1843 —

Zu dem am Sonntag, den 30. ds. stattfindenden

Ausflug.

laden wir unsere Ehren- u. inaktiven Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins mit ihren Familien freundl. ein.

Zusammenkunft: 12 Uhr: Sauerbrunnen.

Abmarsch: Punkt 12,30 Uhr: Mühlbachthal, Schelmühle, (Rast), Schildkopf, Beisig und zurück über Deggshofen, Schweigshausen oder Dornholzhausen, Oberwies.

Der Vorstand.

Der Ausflug findet nur bei günstiger Witterung statt.

Mittwoch, 26. Mai, abends 8 Uhr

im Saale Paulus:

Deffentl. Wahlversammlung.

Referent: Landtagsabgeordn. O. Haese, Wiesbaden.

Alle Wählerinnen und Wähler sind herzgl. eingeladen.

Der Vorstand der sozialdemokr. Partei.

Voranzeige

Gaudelesangestellte! Privatangestellte!

Am Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, spricht im Saale des Herrn Paulus (zum Hirsch) Nassau, Herr Karl Demmer, Wiesbaden

Geschäftsführer des Zentralverb. der Angestellten über das Thema:

„Was jeder Angestellte wissen muß!“

Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, Bankbeamte, Magistrate, Privatangestellte, usw. sind hierzu höflich eingeladen.

Zentralverband der Angestellten.

Geschäfts-Übernahme und Empfehlung.

Den verehrl. Einwohnern von Nassau und Umgebung zur gest. Kenntnis, daß ich ab Donnerstag, den 27. Mai die

Bäckerei

des verstorbenen Bäckermeisters Hombach, Oberstr. 23, übernehmen werde. Mich unter Zusage guter Backwaren bestens empfohlen haltend, bitte ich, das meinem Vorgänger gewährte Vertrauen, gütigst auf mich übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Christian Herpel.

Ein Posten Herren-Normalhemden zum Ausleihen, solange Vorrat reicht.

Stck. 12 Mark

Alb. Rosenthal, Nassau.



der wirkliche Sohlen- Schuh, gar 4-fach, haltbar, elast., schützt die Sohle vor Durchl., imprägn. die Sohle und läßt weder Risse noch Risse durch. Geprüft und bewährt. In jedem d. d. Schuh. DOBAL-Werke, Wiesbaden. — Vertreter gesucht. —

Ein Trauring

von Kurhaus zur Lohn oder am Ufer des Lahnweges auf dem Weg Dausenau oder in Dausenau verloren. Dem ehrlich. Finder gute Belohnung. Im Kurhaus abzugeben.

Alleinstehende, ältere Dame sucht per 1. Juli od. später 3 Zimmer-Wohnung mit Küche, Gas u. elektr. Licht. Gest. Angeb. unter Coblenz, Postfach 73, an die Geschäftsstelle.

Männergesangverein Nassau. Mittwoch abends 8 Uhr Gesangstunde.

Ein einfaches Zimmer mit Kaffee gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle.

Empfehle Nickerleierservice, Nickerleiertortenplatten, „Zuckerkörbchen“, sowie: Thermosflaschen, Recksdosen, Küchenwagen, Fleischmühlen und Saftpresen Albert Rosenthal, Nassau.

Die Wahrheit

über Lebensbestimmung, Charakterbeschreibung, Glück und Unglück etc. erfahren Sie auf Grund astrologischer Berechnung bei Angabe Ihres Geburtsdatums.

Senden Sie Ihre genaue Adresse, 60 Pfg. in Marken und Sie erh. eine wichtige Mitteilung. Dank u. Anerkennungen aus allen Kreisen.

Fr. Wiggall, Nürnberg.

Ihre Zukunft

erhalten Sie umsonst zu meinen Charakterstücken. Senden Sie selbstgeschr. Geburtsdatum, genaue Adresse und 1 Mark in Marken und Sie erhalten eine wichtige Mitteilung.

Büro Veritas

Nürnberg 1, Schließfach 70.

Kräge

unerträgl. Hautjucken beseitigt in zwei Tagen ohne Verursach. meine geruchlose Einreibung Milbimors, 100fach bewährt, Fl. für 1 Kur 8,50 Mk. d. unauffällige Nachn. von Apotheker Schulte Goslar

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
vierteljährlich 4,50 M. mit Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Vorsatzzeile 40 Pfg.
Die Restzeile 150 Pfg.

Telegramme: Buchdruckerei Nassauahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 59.

Druck und Verlag:
Buchdr. Heimr. Müller, Nassau (Bahn).

Donnerstag, 27. Mai 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

43. Jahrg.

Zweites Blatt.

Poincarés Rücktritt.

Gründe für den auffallenden Schritt Poincarés, als Mitglied der Wiedergutmachungskommission zurückzutreten, werden vorläufig nicht angegeben; es ist aber wahrscheinlich, daß sie in der ausgesprochen agitatorischen Schriftsteller des früheren Präsidenten der Republik zu suchen sind, mit der er offenbar störend auf die Beziehungen zwischen der Entente und der Regierung eingewirkt hat. Als Ende Februar dieses Jahres Herr Poincaré, der bisherige französische Delegierte in dieser Kommission, seine Demission gab, weil es ihm offenbar nicht gelang, dort einen entscheidenden Einfluß der französischen Interessen durchzusetzen, wurde der bisherige Präsident der Republik, Poincaré, zu seinem Nachfolger ernannt, von dem die Franzosen hofften, daß die Entsendung einer so hervorragenden Persönlichkeit Frankreichs entscheidende Stellung innerhalb der mit diplomatischer Macht ausgestatteten Kommission unangreifbar machen werde. Poincaré verfügte aus der Zeit seiner Präsidentschaft her über die notwendigen Beziehungen, er war ein äußerst gewandter Redner und ein in verwickelten Geschäften bewandelter und tüchtiger Advokat. Vor allem aber war er zuverlässig in dem Bestreben, Deutschland so sehr wie möglich zu schwächen und niederzuhalten. Er trat als ein gefährlicher Gegner Deutschlands in die Wiedergutmachungskommission ein, die ihrerseits durch den Friedensvertrag mit geradezu ungeheuerlichen Vollmachten und Befugnissen ausgestattet ist, und der Zielungsgehalt seiner Politik war die Lösung des Rheinlandes von Deutschland mit Hilfe der im Vertrag vorgesehenen Besetzungsfrieten, wenn nötig auch auf anderem Wege. Tardieu's Enthüllungen über die Pariser Friedenskonferenz haben uns gezeigt, wie Poincaré diesen Plan mit großer Hartnäckigkeit schon auf der Pariser Konferenz verfolgte, aber gegen Wilson und Lloyd George nur auf Dämme durchsetzen konnte.

Nun belästigt sich Herr Poincaré seit einigen Monaten der auch wieder schriftstellerisch, indem er die politischen Anschauungen in der „Revue des deux Mondes“ vertritt. Er vertritt eine sehr scharfe Tonart gegen Deutschland und scheint dabei nicht vor massiven Angriffen gegen die verfeindeten Tendenzen innerhalb der Alliierten zurück zu bleiben. Alles, was irgendwie nach Vernunft und Mäßigung ausstrahlt, sucht er als Revision des Versailler Vertrages zu dämonisieren, und auch die wirklich nicht übertriebene Nachgiebigkeit Millersands gegen die Ententegegnung bekommt dabei ihre kräftigen Seitenhiebe. Diese Extrapolationen des Herrn Poincaré begannen zu einem politischen Skandal auszuwachsen und die englische Regierungspresse richtete recht energische Angriffe gegen diesen Vertreter Frankreichs und Vorsitzenden im Wiedergutmachungsausschuß. Die erklärte es für unentscheidbar, daß ein maßvoller Vertreter, der in dieser Weise öffentlich die Politik der Alliierten und schließlich auch seiner eigenen Regierung belächelt und zu durchkreuzen sucht, auch nur noch einen Tag auf diesem exponierten Posten verbleiben dürfte. Es ist wohl möglich, daß auch Lloyd George bei der Zusammenkunft in Hythe diese Stimmung englischer politischer Kreise zum Ausdruck gebracht hat. Die Folge dieser Widerstände — die übrigens auch innerhalb der Wiedergutmachungskommission bei der Regelung der schlesischen Grenzfrage zum Ausdruck kamen — ist nun das Rücktrittsgeheiß Poincarés. Ob Millerand ihn dazu aufgefordert hat, oder ob er aus eigenem Antriebe zu dem Entschluß gekommen ist, läßt sich nicht erkennen. In Deutschland wird man diesen Vorgang mit einiger Befriedigung zur Kenntnis nehmen, denn eine scharfere anti-deutsche Note, als es Poincaré war, kann sein Nachfolger nicht sein.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 20. Mai.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. und macht Mitteilung von dem Eingang mehrerer Gesetzesvorlagen. Abg. Röhl (Soz.) begründet eine Interpellation über die Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen betr. Verwendung farbiger Truppen in dem besetzten Gebiet. Für Frauen und Kinder, Männer und Frauen seien diese Truppen eine schauerliche Gefahr. Nur der kleinere Teil der Schutzkräfte werde bekannt. In der ganzen Welt wachse die Empörung. (Weisung.)

Reichsminister Röhl: Bis gestern Abend war keine Nachricht eingelaufen von irgend einer Zurückziehung farbiger französischer Truppen. (Hört, hört!) Wir wollen nicht in eine Rassenfrage eintreten; wir denken an die Schwarzen in unseren Kolonien, welche mit uns zusammen gekämpft haben. Aber die Verpflanzung von 50 000 farbigen in das Herz Europas ist ein Verbrechen! Die Protekte Amerikas, Englands, Schwedens und Norwegens haben auf die Franzosen ebensoviele Eindruck gemacht, wie unsere Protekte. Von einer ökonomischen Solidarität Europas kann nicht gesprochen werden, solange man die ökonomische Solidarität mit Füßen tritt. Wir wollen uns an den Völkern wenden, damit der moralische Druck der ganzen Welt einsetzt. Den Brüdern im Westen wollen wir sagen, daß wir mit ihnen leiden und auf ihre Unterstützung hoffen. (Weisung.)

Abg. Frau Riez (U. S.): Alle brutalen Instinkte entspringen nur dem Militarismus, der überhaupt beseitigt werden muß. Wenn Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages über die Stärke seines Militärs erfüllen würde, würde es ein geeignetes Ohr bei der Entente für die Verminderung der Besatzungstruppen finden. Die Interpellanten haben kein Wort gegen die unsittlichen Rohheiten, die gegen deutsche Frauen durch deutsche Soldaten begangen worden sind, gesagt. Auch in Rußland, Belgien usw. haben deutsche Soldaten solche Greuelthaten begangen. (Stürmische Unterbrechungen andauernde Entrüstungsrufe: Hui Teufel!) Mit diesen Zurufen heißen Sie die Greuelthaten der deutschen Soldaten gut. (Erneuter Lärm, stürmische Schlußrufe. Die Rechte, das Zentrum, die Demokraten und ein Teil der Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Es ist nur ein Rassenkampf gegen die Schwarzen, den wir nicht mitmachen.

Abg. Frau Wende (D. Sp.): Für die Vergeltung seiner Kinder kann niemand einen Kanten Liebe empfinden. Vielleicht nützt es, sich an den Papst zu wenden.

Abg. Laverenz (Dnat. Sp.) begründet eine Interpellation betreffend Maßnahmen der internationalen Schleswigkommission, die von allen Fraktionen außer den Unabhängigen und der bairischen Volkspartei unterzeichnet ist und die sich wegen der Erlassung dänischer Gesetze und Einführung der Kronenwährung in der ersten Abstimmungssitzung beschwert. Da die Grenze noch nicht festgelegt sei, seien besonders in der zweiten Zone schwerste Schädigungen entstanden.

Reichsminister Röhl: Die Schritte der dänischen Regierung sind weder mit dem Geist noch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages vereinbar. Wir haben am 11. Mai in einer Note in Paris und später in Flensburg protestiert, ohne Resultat. Das Recht ist auf unserer Seite, aber leider nicht die Macht, diese Rechtsbeugung zu verhindern. Nach dem nahe bevorstehenden Abzug der Kommission aus Flensburg werden wir auch die Zollgrenze nach Süden legen können. Ganz Deutschland wird nicht ruhen, bis alle ungewissenheiten deutschen Landesräume wieder mit uns vereinigt sind. (Beifall.)

Abg. Bohle (D. Sp.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen betr. die Rechte der deutsch sprechenden Bevölkerung in den an Polen abgetretenen Gebieten. Diese Rechte werden andauernd aufs schwerste verletzt.

Reichsminister Röhl: Die Reichsregierung wird wie bisher in der polnischen Sache das klare Recht des deutschen Volkes zu wahren suchen, insbesondere auch durch mündliche Verhandlungen mit der Entente, soweit sich die Möglichkeit bietet.

Es folgt die Interpellation des Abg. Schulz-Bromberg (Dnat. Sp.) betr. die Feier des 1. Mai und die Erteilung von Urlaub an Arbeiter und Beamte in den Staatsbetrieben am 1. Mai.

Reichsminister Schlieke erklärt, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet zu werden.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat. Sp.): Dann hat die Regierung ein schlechtes Gewissen und will sich von der Beantwortung drücken. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, für die Aufrechterhaltung der Arbeit am 1. Mai zu sorgen. (Lärm bei den Soz. und Unabhängigen.)

Präsident Fehrenbach: Die Ausführungen sind geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig.

Abg. Dr. Lippelmann (D. Sp.) stimmt dem Abg. Schulz zu.

Abg. Henke-Leipzig (U. S.) begründet einen gestern eingebrachten Antrag Geher-Leipzig betreffend sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in allen Teilen des Reiches.

Abg. Loebe (Soz.) will mit einem großen Teil seiner Partei für den Antrag stimmen.

Reichsminister Röhl: Es ist nicht angängig, den Ausnahmezustand überall aufzuheben, da die Wahl gesichert werden muß. Doch soll geprüft werden, wie weit eine Milderung möglich ist.

Abg. Gilling (Zir.) ist gegen den Antrag.

Abg. Schulze-Gavernitz stimmt dem Minister bei.

Der Antrag wird mit den Stimmen der fast besetzten sozialdemokratischen Parteien angenommen.

Es wird dann abgestimmt über den Antrag des Ausschusses, die nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen den Abg. Fraß nicht zu erteilen. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Bei Sammelstimmung ergibt sich bei 207 Stimmen die Beschlußfähigkeit des Hauses. — Nächste Sitzung 2 1/4 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Min.

Erledigt werden Gesetzentwürfe betr. Erweiterung der Verordnung über eine militärische Amnestie, betr. Entschädigungsansprüche verhafteter oder verurteilter Elsaß-Lotharinger, betr. die Erteilung einer Kreditgewährung, betreffend Verordnung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Estland, betr. patentamtliche Gebühren in allen drei Leistungen. Der Gesetzentwurf über den Personenzustand wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Der Einspruch des Reichsrates gegen die Einstellung von 509 000 Mark zur Errichtung einer wissenschaftlichen

Abteilung für Volksbildung an der Universität Frankfurt a. M. wird dem verfassungsmäßigen Ausschuss überwiesen. Erledigt in zweiter und dritter Lesung wurden die Reichshaushaltsrechnungen 1916 und 1917 und die Berichte der Reichsschuldenkommission, ferner der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Heraussetzung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherung, sowie der Bericht desselben Ausschusses über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat.

Erste Beratung eines Gesetzentwurfes betr. das Abkommen mit der russischen föderativen sozialistischen Sowjetrepublik über die Heimführung der beiderseitigen Kriegsgesangenen und Zivilinternierten.

Abg. Henke (U. S.) wünscht Anknüpfung sofortiger Beziehungen zu Sowjetrußland.

Abg. Scheidemann (Soz.): Das Auswärtige Amt möge alles versuchen, daß wir mit Sowjetrußland ein erträgliches Verhältnis bekommen.

Der Gesetzentwurf wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso derjenige über den gegenseitigen Gefangenen Austausch mit der lettischen Republik.

Nächste Sitzung morgen 9 1/2 Uhr vormittags. Aufhebung der Militärgeschäftsbarkeit und anderes. — Schluß nach 3 Uhr.

Berlin, 21. Mai.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.55 Uhr.

Nach Erledigung kleiner Anfragen erklärt

Reichsminister Röhl, daß während der Wahlen volle Versammlungs- und Pressefreiheit gewährt werden soll, daß aber eine völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes unmöglich sei wegen der bestehenden Gefährdung. Die Regierung wolle aber prüfen, ob weitere Erleichterungen gewährt werden können.

Ein Antrag der Unabhängigen, die Nationalversammlung zu ersuchen, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, erledigt sich von selbst, da er keine 15 Unterchriften anweist.

Erledigt werden Mitteilungen des Rechnungshofes zur Reichshaushaltsrechnung 1919. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes betr. Aufhebung der Militärgeschäftsbarkeit und betr. die Stellung der Justiziere.

Abg. v. Gräfe (Dnat. Sp.) beantragt Absehung von der Tagesordnung.

Abg. Loebe (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über diesen Antrag.

Die Linke ist sehr stark besetzt, die Mitte des Hauses weniger, die Rechte ist fast leer. Mit Ja stimmen 3 Abgeordnete, mit Nein 208; anwesend sind 211 Mitglieder. Zur Beschlußfassung sind 212 notwendig. Das Haus ist also beschlußunfähig.

Präsident Fehrenbach beraumt die nächste Sitzung auf 11 1/2 Uhr an mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Rundgebung des Reichspräsidenten. — Schluß 11 Uhr 5 Minuten.

Präsident Fehrenbach eröffnet die zweite Sitzung um 11 Uhr 15 Min. und verliest eine Rundgebung des Reichspräsidenten.

Die Tagung der Nationalversammlung sei reich gewesen an Arbeit und an Leben. Es sei dem Reichspräsidenten Ehre und Pflicht, dafür zu danken. Die Anschauungen eines ganzen Volkes hätten den neuen Verhältnissen angepaßt werden müssen, auf denen sich seine Geschichte aufbauen werde. Alles sei noch im Fluß. Die deutsche Revolution sei noch nicht abgeschlossen. Grundfesten in das Chaos hineinzubauen, sei die Arbeit der Abgeordneten gewesen. Man werde ihrer Treue als der ersten Arbeiter am Baue gedenken, wenn einst dessen Reichsfest gefeiert werde. Die getragenen Waffen seien die einzig erlaubten im bevorstehenden Wahlkampf. Der Weg der Gesetzmäßigkeit sei der einzige, der aufwärts führe. (Zwischenruf der Frau Riez: Weisung. Zuruf: Riez raus!)

Reichsminister Röhl: Der Wahlkampf ist im vollen Gange. Der Friedensschluß hat die schlimmsten Bedrohungen vom Reiche abgewendet. Die Bestimmungen des Friedensvertrages werden noch lange die Richtlinien für unsere politische Arbeit geben. Die Treue gegen alles, soweit die deutsche Junge klagt, haben wir gewahrt. Seltener hat ein Parlament so unter dem Zwang einer verunsicherten Epoche gelitten, wie dieses, selten wurden einem Volke so bittere Arzneien gereicht. Der Tag der gerechten Anerkennung für Ihre Leistungen wird kommen. Europa kann ohne Deutschland nicht sein; es ist höchste Zeit, daß diese Wahrheit in Europa allgemeiner wird.

Abg. v. Pabst (Dem.) spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses aus. Der Präsident habe nie Gleichmut, Summe und Unparteilichkeit verloren trotz der stürmischen Vorgänge. Er habe den höchsten Anforderungen entsprochen.

Präsident Fehrenbach dankt von ganzem Herzen. Es sei nicht immer leicht gewesen, absolute Gerechtigkeit walten zu lassen. Den Dank des Hauses möchte er ausdehnen auf die Vizepräsidenten und Schriftführer, ebenso auf das Personal, die Beamten, Anwesenden und Diener männlichen und weiblichen Geschlechts. Die Presse habe der Tätigkeit des Hauses eine mühevollen Arbeit gewidmet. Leider habe der Senior des Hauses, Abgeordneter Pabst, seinen Schwanengesang getan. Er gebe ihm die herzlichsten Wünsche mit in die schwäbische Heimat. Er nehme an und hoffe, daß dieses die letzte Stunde der Nationalversammlung sei.

Die Geschichte der Arbeit der Tätigkeit derselben würdigen. Für das Haus nehme er in Anspruch, daß es nur zum Besten des deutschen Volkes gearbeitet hat. Trotz aller Gegensätze habe die Versammlung dem Volke das Beispiel eines zielbewußten Arbeitstuns gegeben. Möge sich das deutsche Volk in Arbeit und Kampf zusammenschließen. Zu hoffen sei die Vereinigung mit den getrennten Stammesbrüdern in Österreich. (Beifall.)

Mit den besten Wünschen für alle schließt der Präsident die Nationalversammlung.

Zur Tagesgeschichte.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, steht schon heute fest, daß die deutsche Regierung zur Teilnahme an der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel eingeladen wird. Allerdings werden die demnächst stattfindenden Verhandlungen der Alliierten, die sich in eingehender Weise mit der künftigen Behandlung Deutschlands beschäftigen werden, davon abhängen, welche Rolle Deutschland auf der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel zugeteilt werden soll. Der Plan eines internationalen Kredits an Deutschland, der den Wiederaufbau der deutschen Industrie erleichtern soll, wird auf dieser Konferenz ernsthaft geprüft werden, zumal die internationale Aktion zum Wiederaufbau Europas die Verbesserung der Lage Deutschlands in sich einschließt. Wenn die internationale Konferenz in Brüssel stattfinden wird, ist vorläufig noch vollständig unbestimmt. Man darf aber annehmen, daß bei einer raschen Erledigung der Verhandlungen über die Frage der Wiederaufbauarbeiten Deutschlands die Zusammenkunft der Brüsseler Finanzkonferenz noch für den Monat August möglich sein wird.

Eine internationale Anleihe.

Nach amerikanischen Blättermeldungen soll man in Amerika dem vorgeschlagenen Zahlungssystem der Alliierten, nach welchem die durch Deutschland zu bezahlende Entschädigung von den Alliierten an Amerika zu diskontieren wäre, sehr ablehnend gegenüberstehen. Das ist, wie unser Berliner Vertreter erzählt, keineswegs der Fall. Vielmehr hat Amerika tatsächlich die Absicht, sich an dem internationalen Kredit zum Wiederaufbau Europas zu beteiligen und es würde auch von den noch zu führenden Verhandlungen abhängen, ob der englische Vorschlag von Amerika durchgeführt wird. Die Tatsache, daß Amerika, obwohl es dem Völkerbund noch nicht angehört, an der internationalen Finanzkonferenz von Brüssel direkt teilnehmen wird, beweist deutlich, daß es sich sehr stark für die englischen Wiederaufbaupläne interessiert. Natürlich wird Amerika versuchen, nach jeder Richtung hin einen starken Druck auf England auszuüben, bevor es sich entscheidet, den Wünschen auf Diskontierung der deutschen Schuldwechsel nachzugeben.

Der Oberste Rat.

Nach dem Auswärtigen Amt erzählt unser Berliner Vertreter: Nachdem der Völkerbund nunmehr gegründet ist, steht es außer Zweifel, daß die Ersetzung des Obersten Rates durch eine dem Völkerbund angegliederte Körperschaft in nächster Nähe gerückt ist. Damit gewinnt England freie Hand zur Verfolgung seiner europäischen Konsolidierungspolitik, die es auf der internationalen Konferenz in Brüssel einleiten wird. In Frankreich sträubt man sich vergebens, gegen die Befestigung des Obersten Rates, weil dann der französische Einfluß auf die europäische Politik vollständig ins Schwanken gerät. Die Tatsache der Vertiefung des Völkerbundes erweist in deutschen Regierungskreisen die Hoffnung, daß die Aussichten auf eine Revision des Versailler Friedensvertrages dadurch bedeutend verbessert worden sind. Im übrigen glaubt man, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund unmittelbar nach der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel in Erwägung gezogen wird.

Neuorientierung in Sowjetrußland?

Nach „Nieuwe Courant“ verzeichnen mehrere englische Blätter umlaufende Gerüchte über eine politische Neuorientierung der Sowjetregierung. Danach haben sich Lenin und Trotski zur Bildung einer demokratischen Regierung entschlossen.

Wenn diese Nachricht zuträfe, so wäre sie von der größten Bedeutung. Sie würde beweisen, daß Lenin und Trotski das Mißlingen ihres Versuchs, durch die „Diktatur des Proletariats“ die Gesellschaft und die Wirtschaft Rußlands neu aufzubauen, offen zugeben und sie würde den Weg zeigen, auf dem Sowjetrußland zu einer Verständigung mit der übrigen Welt zu kommen denkt. Aber solche Nachrichten sind im Laufe des letzten Jahres schon mehrere verbreitet worden, ohne daß sie sich als wahr erwiesen hätten. Daß Lenin sich unter dem Druck der politischen Öffentlichkeit für geschlagen erklären sollte, ist auch wenig wahrscheinlich, zumal da nach Berichten aus verschiedenen Quellen ganz Rußland in der Abwehr der Bolschewiken ist und im Norden eine Gegenoffensive der Sowjetarmee begonnen hat, die bis jetzt erfolgreich gewesen ist und darauf berechnet zu sein scheint, den linken bolschewistischen Flügel vom Norden her aufzubrechen. Ob die Meldung in irgend welchem Zusammenhang steht mit der anderen gleichfalls noch unbekannten Meldung, daß Brüssel eine Art Militärkonferenz einberufen habe, ist einweisen nicht zu übersehen. Man wird also gut tun, diesen Meldungen bis auf weiteres einige Zweifel entgegenzusetzen.

Amerika erhebt Seemacht.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, nehmen neudings die amerikanischen Flottenrüstungen einen gewaltigen Aufschwung, so daß man deutlich die Absicht erkennt, daß Amerika infolge seiner ungeheuren Finanzkraft das Bestreben verfolgt, erste Seemacht in der ganzen Welt zu werden. Wenn es diese Absicht wirklich in die Tat umsetzen will, so steht ihm nichts im Wege, dieses Ziel im Verlauf von wenigen Jahren zu erreichen. Das finanziell nicht mehr so starke England könnte jedenfalls keineswegs mit den amerikanischen Rüstungen Schritt halten. Daß Amerika tatsächlich ernst macht, beweisen Meldungen aus New York, nach welchen die Vereinigten Staaten jetzt die größten Kriegsschiffe der Welt bauen. Diese sollen 1000 Fuß lang und 104 Fuß breit sein, eine Geschwindigkeit von 40 Meilen erlangen und je 60 Millionen Dollar kosten.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, 25. Mai.

Ein herrliches Pfingstwetter war uns in diesem Jahre endlich einmal wieder bescheert und hat uns dadurch die fehlgegangenen Erwartungen so mancher früherer Jahre etwas entschädigt. Schon am frühen Morgen war das Landschaftsbild um unsere Stadt aufs bunteste von festlich gekleideten Menschen belebt, und die Zahl der Spaziergänger, Touristen und Wandervogel wuchs von Stunde zu Stunde, je höher die freundlich lächelnde Sonne am Himmel emporstieg. Die duftigen Toiletten unserer Damenwelt, in denen die zartesten Farben vorherrschten, bot eine ansprechende Nuance inmitten des jungen, frischen Lenzgrüns. Alle unsere Sommerausflugslokale konnten sich eines zufriedentstellenden Besuchs erfreuen, und überall sah man frohe und zufriedene Gesichter. Vermochte auch Küche und Keller nicht die vielen Gaumenreizmittel zu bieten, wie sie sonst im Frieden so reichlich zur Verfügung standen, und war auch, den heutigen Verhältnissen entsprechend, das Vorhandensein teuer wie heutzutage alles, man war trotzdem fröhlich und guter Dinge und ließ sich durch die von der Zeitlage gebotenen Einschränkungen die frohe Festlaune nicht verkümmern. Auch der Besuch der Gotteshäuser war an beiden Feiertagen eine der Bedeutung des Tages entsprechende. Alles in allem: Das diesjährige Pfingsten nahm einen schönen, harmonischen Verlauf und bot uns insofern eine kleine Entschädigung auch für den Mangel an Feiertagen, der nunmehr bis Weihnachten zu verzeichnen ist.

Biehseuche. Seit Ende der vorigen Woche herrscht in den Gemeinden Holzhausen a. d. Haide, Ruppertshofen und Rottert eine gräßliche Biehseuche, eine Art Maul- und Klauen-seuche mit pestverdächtigen Erscheinungen. Das befallene Vieh geht innerhalb einer kurzen Zeit ein. Um diesem zu begegnen und sich vor größeren Schäden zu bewahren, haben sich die Behörde und Landwirte veranlaßt, das vorhandene Vieh in den befallenen Ställen abzuschlachten. Es giebt Ställe, in denen 10-15 Stück Vieh standen, welche jetzt ganz leer sind. Ein ungeheurer Schaden ist der Landwirtschaft entstanden, nicht allein durch den Verlust des Viehbestandes, sondern auch in der Milchbelieferung und in der Aufzucht unserer darniederliegenden Viehbestandes. Seitens der Behörde sind, um eine weitere Verbreitung zu verhüten, sehr strenge Absperrungsmaßregeln getroffen und alle öffentliche Lustbarkeiten usw. in den umliegenden Ortschaften verboten worden. Gleiche Meldungen kommen auch aus verschiedenen Orten des Unterwesterwaldkreises. Wie wir weiter in Erfahrung bringen konnten, handelt es sich hier um eine Art Lungenpest.

Obstbaumbesitzer seht Eure Obstbäume nach und vernichtet die in großen Mengen auftretende Raupenpest, in denen hunderte von schädlichen Raupen sitzen.

Deutschnationale Volkspartei. Am 28. Mai spricht das bekannte frühere Mitglied der Nationalversammlung, Pfarrer Beidt, Frankfurt a. M. in Bad Ems im Lichtspielhaus um 8 Uhr abends für die Deutschnatl. Volkspartei über die Frage: Warum ist der 6. Juni ein Schicksalstag für das deutsche Volk? Wir weisen auf den Vortrag Beidts hin, der ein Kind unserer Heimat ist — er ist aus Langenscheid gebürtig — und dessen Ausführungen daher besonders interessieren werden.

Auf der **Kaninchen-Ausstellung** in Bad Ems verbunden mit Prämierung erhielten Mitglieder vom hiesigen Kaninchen- und Geflügelzuchtverein folgende Preise und zwar 1. Preis H. Mitzler (Frg. Widder), 1. Preis R. Buch (Schwarzloh), 3. zweite Preise H. Schirm (Belg. Riesen). Ein erfreuliches Resultat trotz der starken Konkurrenz.

S. Sozialdemokratischer Verein. In den von vielen Parteigenossen besuchten Mitgliederversammlung am 14. d. Mts. im Gasthaus „Zur Traube“ hielt Genosse Tromm aus Eubach einen sehr gut gesprochenen, äußerst verständlichen Vortrag über den „wissenschaftl. Sozialismus“. Kurz wiederzugeben wären seine Ausführungen folgendermaßen: Das Wort „Sozialismus“ hat heute ziemlich ein Jeder im Munde, ohne sich der Grundlage und Tragweite desselben zu vergegenwärtigen. Sozialismus ist mit einer Bewegung zu charakterisieren, die viel Ähnlichkeit mit dem Christentum hat. Der Sozialismus predigt auch: „Liebe deinen Nächsten“ und „Friede auf Erden.“ Unter Sozialismus versteht man kein fertiges System, das man jederzeit einführen könnte, sondern kann nur durch stetigen Klassenkampf aller Proletarier zur höchsten Vollendung geführt werden. Die Befestigung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsreform, in welcher der Arbeiter nicht über die von ihm hergestellte Ware und deren Ertrag verfügen kann, sondern wo meistens der der Arbeit gänzlich fernstehende Aktionär und Industriekönig Alles besitzt und einspart, muß allmählich aufhören. — Nach dem Altertum, wo jeder für sich vollständig sorgte (der Bewohner war zu gleicher Zeit Landwirt, Jäger, Handwerker) entstand allmählich das Handwerk, das im Mittelalter wirklich einen goldenen Boden besaß. Nachdem man Maschinen erfunden hatte, wurde das Handwerk zurückgedrängt. Der Reiche damals, der sich eine Maschine kaufen konnte, wurde ein gemachter Mann mit der Zeit, Fabrikbesitzer. — Aber um die Zurückgebliebenen, die keine Maschinen hatten und konkurrenzunfähig wurden, kümmerte sich niemand. Diese Leute waren enteignet, waren zu Proletariern gemacht und wurden die Handlanger der Besessenen werden. Aus der Kleinindustrie entwickelte sich die heutige Großindustrie, die mit ihren reichen Finanzmitteln jeden kleinen Konkurrenten erdrückt. Durch Errichtung von Syndikaten, Kongernen und Trusts kann die Großindustrie willkürlich die Preise machen und auf alle Rohstoffe die Hand legen. — Wenn nun vom Staate auf Veranlassung der Sozialdemokratie zur Sozialisierung der Betriebe geschritten wird, so können vorläufig nur der Kohlen- und Kalibergbau, Elektrizitäts- und Eisenindustrie und die Wasserkraften reif zum Sozialisieren in Betracht kommen. Es werden sich dann einige Tausend mit weniger „Einkommen“ begnügen müssen, aber das ganze arbeitende Volk erhält seinen regelrechten Lohn. Wenn uns nun von der Kapitalisten Seite her gesagt wird: „Ihr wollt den freien Wettbewerb tödlichen“, so ist das eine komplette Verleumdung. Denn durch den Zusammenschluß der Großindustrie war ja der freie Wettbewerb ausgeschaltet. Der Sozialismus muß und wird kommen als Befreier von dem wirtschaftlichen Anarchismus. Den U.S.P. Leuten und Kommunisten hielt er die Unmöglichkeit einer wahllosen und überstürzten Sozialisierung vor Augen. Ohnehin sei es dem Staate auch unmöglich sofort zuviel Projekte auszuführen, da unsere traurige Finanzlage dem gegenüber steht. Zum Schluß warnte er noch alle arbeitenden Volksgenossen, einerlei ob sie Fabrikarbeiter, Kopfarbeiter, Beamte, Kleinbauern und Gewerbetreibenden seien, bei den Wahlen auf die Leimruten der deutschen „Volks“partei und deutschnat. „Volks“partei zu kriechen. Denn diese Parteien schämten sich heute, ihren wahren Namen zu nennen. — Großer Beifall und reichliche Diskussion folgte dem Vortrage. — Anschließend

gab der Vorstand einen Bericht über das verflossene Jahr, das viel Arbeit aber auch reichlich Lohn für den Parteiverband bedeutete. Es wurden 13 Mitglieder, 7 öffentliche, 8 Parteistands- und 1 Generalversammlung abgehalten. Folgende Anträge bzw. Anfragen wurden seitens der Partei an den Magistrat und Stadtorordnetenkollegium gerichtet: 1. Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter um 75%, 2. Befreiung des Verkaufsprivilegs vom Dienste bei der Pflichtfeuerwehr, 3. Bei Erhebung einer Nachsteuer sollen die kleinen Einkommen gespart und die großen kräftiger herangezogen werden, gemäß dem Notsteuergesetz vom 4. 6. 1914, 4. Errichtung eines städt. Miteigentumsamtes, 5. Anstellung eines Schularztes, 6. Errichtung einer Mutterberatungsstelle, 7. Einführung von Kundenlisten bei Verteilung der rationierten Lebensmittel und 7. Anfrage, wann der Magistrat denkt von seinem Rechte Gebrauch zu machen, Wohnungen zu beschlagnahmen. Punkt 1, 3 und 6 unserer Anträge fanden Berücksichtigung. Die übrigen sind mit Hilfe der Demokraten und Volkspartei abgelehnt worden oder liegen auf der langen Bank. Parteigenossen erhielten in vielen Fällen Rat und Hilfe, besonders in öffentlichen und privatrechtlichen Angelegenheiten. Bei reaktionären Versammlungen in Nassau und Umgebung waren immer Parteigenossen zur Stelle, die der Wahrheit wieder zum Recht verhalfen. Besonders fand das solidarische Verhalten der Arbeiterkassen am 1. Mai eine mühevolle Anerkennung. Die folgenden Punkte der Tagesordnung mußten wegen vorgerückter Stunde vertagt werden. Mit der Versicherung bei den Wahlen es an Tatkraft nicht fehlen zu lassen, schied die Versammlung.

Gedächtnisbuch. An Erstattung der Meldungen für das Gedächtnisbuch der im Weltkrieg gefallenen Nassauer wird erinnert. Die Meldungen sind auf dem Rathause, Zimmer 4, bis 1. Juni zu machen.

Mitteilung der hohen Interalliierten Rheinlandkommission.

Die deutschen Behörden behaupten in letzter Zeit daß verschiedene Reichs- und Staatsgesetze, deren Verfügungen im Gegensatz zu den Interessen der rheinischen Bevölkerung stehen, insbesondere die Verfügungen des Ein- und Ausfuhrgesetzes, ihre Anwendung in den rheinischen Gebieten auf Anordnung der hohen Interalliierten Rheinlandkommission gefunden hätten. Letztere hätte diesen Anordnungen zugestimmt und dafür die volle Verantwortung übernommen. Diese Behauptungen beruhen auf einer wahrscheinlich absichtlich gewollten Ungenauigkeit.

Der Hohe Kommissar der französischen Republik gibt hierdurch bekannt, daß die hohe Interalliierte Rheinlandkommission den deutschen Behörden amtlich mitgeteilt hat, die hohe Interalliierte Rheinlandkommission habe, was die Anwendung der deutschen Gesetze im besetzten Gebiet angeht, nur dann einzuschreiten, wenn dieselben irgend eine Gefährdung der Sicherheit der Armee bilden.

Die hohe Interalliierte Rheinlandkommission kann in keiner Weise über die Anwendung derjenigen Gesetze, denen sie sich nicht widersetzen kann, ihre Zustimmung erteilen. Abgesehen von momentanen von Seiten der Alliierten Regierungen das Recht der Anwendungen von verschiedenen Arten von Anordnungen bestritten, weil sie nicht mit den Verfügungen des Friedensvertrages übereinstimmen.

Vor den Wahlen pflegt immer eine außerordentlich rege Versammlungstätigkeit der einzelnen Parteien einzuflehen. Auch in unserer Stadt haben in den letzten Tagen bereits Versammlungen aller Parteien stattgefunden. Da es uns unmöglich ist alle Versammlungen zu besuchen, uns aber an einer möglichst objektiven und unparteiischen Berichterstattung in unserem wie in der Leser Interesse gelegen ist, bitten wir die einzelnen Versammlungsleiter, uns jeweils einen Bericht über die Referate und die Diskussionen zukommen zu lassen. Man möge uns deshalb keinen Vorwurf machen, wenn wir nur von Versammlungen Bericht veröffentlichen die uns die betreffenden Unterlagen einfinden.

Von der Post. Der Postanweisungs- und Nachnahmeverkehr mit Japan einschl. der japanischen Postanstalten in China ist seit dem 1. Mai wieder aufgenommen. Der Einzahlungskurs der häufigen Schwankungen unterworfen ist, beträgt gegenwärtig 100 Yen 3452. — Es wird erneut darauf hingewiesen, daß im Verkehr mit der Tschechoslowakischen Republik für Briefsendungen jeder Art mit allen nötigen Ausnahmen der offenen Briefsendungen die Gebührensätze des Weltpostvereins gelten. Die Freigebühr für Briefe bis 20 Gr. beträgt also jetzt 80 Pf. und für jede weiteren 20 Gr. 60 Pf. Postkarten unterliegen einer Gebühr von 40 Pf. Die genaue Beachtung dieser Sätze ist anzuraten, damit nicht die Empfänger der Sendungen hohes Nachschußporto zu zahlen haben. Für die offenen Briefsendungen nach der Tschechoslowakischen Republik werden dieselben Sätze wie im innerdeutschen Verkehr erhoben. — Die niederländische Postverwaltung hat zur Sprachgebräuchlichkeit ihrer häufiger Briefsendungen aus Deutschland zugehen, die entgegen den Vorschriften des Weltpostvertrages zollpflichtige Waren enthalten. Das Publikum wird darauf hingewiesen, daß berartige Briefsendungen nicht an die Empfänger ausgehändigt, sondern von der niederländischen Postverwaltung nach dem Aufgebote zurückgeschickt werden. — Briefpostbeförderung nach Südamerika über Genoa. Die nächsten Postabgänge über Genoa nach Brasilien, den La Platabaaten und weiterhin finden im folgenden italienischen Dampfern statt: 1. Dampfer „Garibaldi“ nach Santos, Montevideo und Buenos Aires, von Genoa am 25. Mai, Postschluß in Frankfurt (Main) am 22. Mai. — 2. Dampfer „Re Vittorio“ nach Rio de Janeiro und Buenos Aires von Genoa am 27. Mai, Postschluß in Frankfurt (Main) am 24. Mai. Beide Dampfer werden zur unbefrängten Briefpostbeförderung nach den La Platabaaten und weiterhin benutzt; mit dem Dampfer „Garibaldi“ werden außerdem Briefsendungen mit Leichtermerk für ganz Brasilien, mit dem Dampfer „Re Vittorio“ Briefsendungen abgem. für ganz Brasilien befördert.

Singhofen, 19. Mai. Eine erfreuliche Nachricht durchlief heute unseren Ort. Der einzige Sohn der Witwe Paula der im August 1915 in russische Gefangenschaft geriet, damals nach langer Zeit mal vereinzelte Lebenszeichen gab und von dem nun seit zwei Jahren keine Zeile mehr eintraf, sowie alle an ihn gerichtete Briefe usw. mit dem Vermerk: „Adressat unauffindbar“ zurückkamen, zeigte seine glückliche Heimkehr auf deutschem Boden von Swinemünde aus an. Mit welcher Freude seine alte, vor Gram und Sorgen ergraute Mutter und man kann sagen alle im Orte die Nachricht aufnahmen, kann man nicht beschreiben, und wollen wir hoffen, daß der allgemein beliebte Gefangene Phil. Paul glücklich zu Pfingsten sein Elternhaus erreicht.